



Die *Kommunistische
Internationale*

7 / HEFT 51

BERLIN, DEN 21. DEZEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Das Blatt der Geschichte ist umgewendet / Eine anschauliche Lehre /
Alfred: Das Problem des zuverlässigen Heeres / K. S.: Die Entwicklung
der Militärfrage und die Stellung des Marxismus-Leninismus / A. Stirner:
Zur Lage in Mexiko / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, BERLIN. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 51 21. DEZEMBER

I N H A L T

	Seite
Ein Blatt der Geschichte ist umgewendet	2483
Eine anschauliche Lehre	2488
Alfred: Das Problem des zuverlässigen Heeres	2492
K. S.: Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus-Leninismus	2498
Wurm: Die Reparationspolitik der deutschen Bourgeoisie und die Arbeiterklasse	2506
Stirner: Zur Lage in Mexiko	2512
A. Sultansade: Der zweite Parteitag der KP des Iran	2517
Spektator: „Droht Amerika eine Wirtschaftskrise?“	2524
Sonter: „Aus dem Arbeiterleben Amerikas“	2525
Paul: Bücher zur zehnten Jahresfeier	2527

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DUPLICATE
 MOOVER LIBRARY
 REF ID: A66830
 PROJECT

EIN BLATT DER GESCHICHTE IST UMGEWENDET

Der 15. Parteitag der KPdSU (Bolschewiki) — der Avantgarde der Komintern — wurde unter günstigen revolutionären Auspizien eröffnet: das internationale Proletariat beginnt zum Gegenangriff auf die Bourgeoisie überzugehen und das Proletariat der Sowjetunion hat die Möglichkeit, einen noch entschlosseneren Angriff gegen die Elemente der privatkapitalistischen Wirtschaft zu beginnen.

Indem sie das Fazit der Arbeit in der Berichtsperiode zieht, konstatierte die Resolution zum Bericht des Zentralkomitees mit Genugtuung:

„Die richtige Politik des ZK sicherte unter den schwierigen Bedingungen der Berichtsperiode die Befestigung der internationalen Macht der Sowjetunion, die Steigerung der Bedeutung unseres Landes als eines Faktors des internationalen Friedens, die Zunahme der Autorität der Sowjetunion als eines Herdes der internationalen revolutionären Bewegung. Dank der Politik des ZK innerhalb des Landes wurden ernsthafte Erfolge auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues des Landes erzielt, die Produktivkräfte in Stadt und Land nahmen bei steigendem Uebergewicht der sozialistischen Elemente in der ganzen Oekonomie zu, es hob sich das materielle und kulturelle Niveau der Arbeiter- und Bauernmassen, es festigte sich die Union der Sowjetrepubliken auf Grund einer richtigen Durchführung der Leninschen Nationalitätenpolitik, es festigte sich der Block der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, es steigerte sich der leitende Einfluß des Proletariats und seiner Partei, und es konsolidierten sich systematisch die Positionen der proletarischen Diktatur.“

Dank diesen bedeutenden Errungenschaften ist die KPdSU vorbereitet für die Lösung jener ungeheuren Aufgaben, die sich „aus der in vieler Beziehung veränderten internationalen und inneren Situation ergeben“.

Auf internationalem Gebiet, besteht d a s N e u e der Situation darin, daß

„die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus gegenwärtig die ihr innewohnenden Widersprüche deutlich genug offenbart und entwickelt hat“ „Die kapitalistische Entwicklung in ihrer Gesamtheit zeigte die Tendenz, die historischen Fristen einer friedlichen „Atempause“ abzukürzen, eine neue Aera großer imperialistischer Kriege heranreifen zu lassen und die revolutionäre Lösung der Weltkonflikte zu beschleunigen.“ . . . „Gleichzeitig mit dem Anwachsen der Verschärfung der faschistischen und aggressiv-militaristischen Tendenzen, entstehen durch die Politik der kapitalistischen Staaten die Voraussetzungen für die revolutionäre Lösung der gegenwärtigen internationalen und inneren Widersprüche.“ . . . „Gegenwärtig wird in Europa das zeitweilig beobachtete Abebben der revolutionären Welle (nach der Niederlage der deutschen Revolution im Jahre 1923) aufs neue durch ein Ansteigen derselben abgelöst.“ . . . „Als Antwort auf die reaktionär-militaristische Politik der regierenden bürgerlichen Gruppierungen beginnt die Arbeiterklasse zum Gegenangriff überzugehen.“

Auf dem innerpolitischen Gebiet besteht das N e u e darin, daß „durch die auf der Grundlage des gesteigerten Warenumsatzes und der Liquidierung der Ueberbleibsel des Kriegskommunismus (Beschluß des 14. Parteitages) sich ergebenden Erfolge die Voraussetzungen für einen weiteren wirtschaftlichen Angriff auf die kapitalistischen Elemente geschaffen wurden“. . . . „Gegenüber den privatkapitalistischen Elementen, die — absolut genommen — gewachsen sind —, wenn auch in weit geringerem Grade als der sozialistische Sektor der Wirtschaft — muß und kann die Politik einer noch entschlosseneren wirtschaftlichen Verdrängung verfolgt werden . . . parallel zu der Fortsetzung der Politik der Industrialisierung, zum entschlossenen Kurs

auf die sozialistische Rationalisierung der Produktion, zur weiteren Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus des Proletariats, parallel „zu einer allmählichen Ueberführung der atomisierten Bauernwirtschaften — durch eine weitere Vergesellschaftung — auf das Gleis der Großproduktion (die kollektive Bearbeitung des Bodens auf der Grundlage der Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft) . . . , parallel zur allseitigen Unterstützung und Förderung der Ansätze einer vergesellschafteten landwirtschaftlichen Tätigkeit.“

Die Resolution zum Bericht des Zentral-Komitees stellte fest, daß wir in eine neue Aera eintreten, daß in der internationalen und in der inneren Situation der Sowjetunion Veränderungen vor sich gegangen sind, die durch die Verschärfung der Gegensätze in der kapitalistischen Welt und durch die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetrepublik bedingt sind, und entwarf in allgemeinen Zügen die sich hieraus für die Partei ergebenden Aufgaben. Bevor aber an die konkrete Erörterung dieser Aufgaben gegangen werden kann, mußte der Parteitag das Haupthindernis, das auf dem Wege der Parteiarbeit steht, beseitigen — der Parteitag mußte die menschwistisch-trotzkistische Opposition liquidieren, die schon zwei Jahre lang den Weg der Partei kreuzt und ihre Arbeit behindert. Und der Parteitag tat dies mit aller Entschiedenheit.

Die Opposition hatte am Vorabend des Parteitags dem ZK eine weitere Deklaration unterbreitet, die das Produkt eines Kompromisses ist zwischen den schwankenden und zur Kapitulation bereiten Elementen einerseits und den unentwegten Trotzkisten reinsten Wassers anderseits, unentwegt darum, weil sie nichts mehr zu verlieren haben. Die Verteidigung dieser durch und durch verlogenen und heuchlerischen Deklaration hatte auf dem Parteitag Kamenew übernommen. Der Parteitag wies mit Verachtung diesen neuen Versuch ab, die Partei zu betrügen und die Fraktionsarbeit auf eine für die Opposition günstigere Zeit zurückzustellen, wo die einen oder anderen neuen wirtschaftlichen oder internationalen Schwierigkeiten es der Opposition gestatten würden, von neuem den Angriff auf die Partei mit offenem Visier zu beginnen. In Erwiderung dieses neuen Manövers der Opposition erklärte die Resolution zum Bericht der Zentralkomitees:

„In Anbetracht dessen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition sich von taktischen zu programmatischen ausgewachsen haben, daß die trotzkistische Opposition objektiv ein Faktor des Kampfes gegen die Sowjetunion geworden ist, erklärt der 15. Parteitag die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propaganda ihrer Anschauungen als mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei unvereinbar.“

Der Sinn der Resolution, die vom Genossen Stalin in seinem Bericht im Namen des ZK begründet wurde, ist der, daß die Opposition nicht nur das Versprechen geben muß, ihre Fraktionsarbeit zu liquidieren, sondern auch ihre gesamte fraktionelle Organisation vor der Partei aufzudecken, der Partei selbst die Möglichkeit zu geben, diese Organisation zu liquidieren. Der Sinn der Resolution ist, daß die Oppositionellen nicht nur organisatorisch, sondern auch ideologisch kapitulieren, sich von der ganzen trotzkistischen Anschauung lossagen müssen, —

(das System dieser Anschauungen umfaßt „das Leugnen des sozialistischen Charakters der staatlichen Sowjetunternehmen, das Leugnen der Möglichkeit eines siegreichen sozialistischen Aufbaues in unserem Lande, die Verneinung der Politik eines Blockes der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft, die Negation der Organisationsprinzipien des Bolschewismus“), da diese Ansichten „die trotzkistisch-mensche-

wistische Opposition logischerweise zu einer Verleumdung der Sowjetunion als eines entarteten thermidorianischen Staates und zu einer Leugnung der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion sowie zu einem konterrevolutionären Kampfe gegen diese gebracht haben“.

Der Sinn der Resolution ist, daß die Oppositionellen sich von diesen Ansichten lossagen, es ein für allemal aufgeben müssen, sie zu propagieren, widrigenfalls sie aus der Partei herausgeworfen werden. Die Resolution, die die vollständige und bedingungslose Kapitulation der trotzkistischen Opposition fordert, wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Nicht ein einziger Delegierter stimmte dagegen, nicht ein einziger enthielt sich der Stimme! Mit diesem Beschluß des Parteitags, der mit nie dagewesener Einmütigkeit gefaßt wurde, wurde ein Blatt in der Geschichte der KPdSU umgewendet.

Genosse Stalin zog in seinem Bericht das Fazit aus diesem Blatt Geschichte, indem er das Ende des Trotzkismus mit seinem Anfange in den Reihen der KPdSU verband. Er wies darauf hin, daß das Ende des Trotzkismus in erheblichem Maße schon durch die Bedingungen des Eintrittes Trotzkis in die bolschewistische Partei vorausbestimmt war. Er bemerkte auch, daß nicht nur Sinowjew und Kamenew, die am Oktoberaufstand nur gezwungenermaßen teilnahmen, damals Skepsis gegenüber den inneren Kräften der russischen Revolution an den Tag gelegt hätten, sondern daß auch Trotzki, der freiwillig am Oktoberaufstand teilgenommen habe, die gleiche Skepsis gegenüber den inneren Kräften der Oktoberrevolution bekundet habe. Aus diesem Grunde ging Trotzki, der sich der Partei der Bolschewiki am Vorabend des Oktober angeschlossen hatte, mit einem „kleinen Vorbehalt“ in den Aufstand. Unmittelbar vor der Oktoberrevolution, im Juli 1917, hielt es Trotzki für notwendig, seine alte Broschüre „Friedensprogramm“ neu aufzulegen, als wenn er damit sagen wollte, daß er unter seiner eigenen Flagge in den Aufstand gehe. In dieser Broschüre polemisiert Trotzki gegen Lenin über die Frage der Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus in einem einzigen Lande und schreibt:

„Ohne auf die anderen zu warten, beginnen und setzen wir den Kampf auf nationalem Boden fort in der vollen Ueberzeugung, daß unsere Initiative auch dem Kampf in den anderen Ländern einen Anstoß geben wird; wenn dies aber nicht geschehen sollte, dann wäre es hoffnungslos, zu glauben — dafür zeugen sowohl die geschichtlichen Erfahrungen wie theoretische Erwägungen —, daß zum Beispiel das revolutionäre Rußland einem konservativen Europa gegenüber sich behaupten könnte.“

Anders gingen Lenin und seine Partei in den Aufstand. In seinem Aufsatz „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, der am Vorabend des Oktoberaufstandes im September 1917 veröffentlicht wurde, schrieb Lenin:

„Die Entwicklung des Kapitalismus vollzieht sich in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig. Dies kann unter den Bedingungen der Warenproduktion auch nicht anders sein. Hieraus ergibt sich der unwiderlegliche Schluß: Der Sozialismus kann nicht in allen Ländern gleichzeitig siegen. Er wird zuerst in einem oder in einigen Ländern siegen, die anderen werden eine Zeitlang ihre bürgerliche oder vorbürgerliche Ordnung bewahren. Dies muß nicht nur Reibungen, sondern das direkte Bestreben der Bourgeoisie der anderen Länder hervorrufen, das siegreiche Proletariat und den sozialistischen Staat zu zertrümmern. In solchen Fällen wäre ein Krieg von unserer Seite gesetzlich und gerecht. Dies wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung der anderen Völker von der Bourgeoisie.“

Lenin und Trotzki sind also von entgegengesetzten Standpunkten her in den Aufstand gegangen. Lenin entwarf die Perspektive, daß das Proletariat Rußlands, nachdem es die Macht erobert und mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen hat, zu einem kriegerischen Zusammenstoß mit den anderen Staaten kommen und im Ergebnis dieses Krieges „die anderen Völker von der Bourgeoisie befreien wird“. Trotzki dagegen hielt den Kurs nicht auf den Befreiungskrieg einer starken sozialistischen Republik gegen die anderen Staaten, sondern umgekehrt auf eine schnelle Hilfe der letzteren für die ohnmächtige sozialistische Republik, ohne die diese dem Untergang geweiht sei. Und das ist eben der Grund, weshalb Trotzki bei der Verzögerung des Tempos der Weltrevolution ein Opfer der Verzögerung und des Pessimismus zu werden begann.

Zuerst ergoß sich dieser Pessimismus der Trotzkiisten in die Form einer „kleinbürgerlichen Abweichung“, die in den Reihen der Partei noch geduldet wurde. Nach Maßgabe dessen jedoch wie die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion die Unzufriedenheit gewisser kleinbürgerlichen Schichten der Stadt, die gerade dank diesen Erfolgen ruiniert worden waren, steigerte, setzte sich der Trotzkiismus, der die kleinbürgerlichen Stimmungen widerspiegelte und durch den Uebergang Sinowjews und Kamenews zur Opposition angefeuert wurde, in steigendem Maße in Gegensatz zur Partei. Je mehr sich also die Partei in ihrem erfolgreichen Kampfe gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten konsolidierte, um so wütender wurden die Ausfälle des Trotzkiismus gegen die Partei, bis dieser sich endlich zu vollendetem „Menschewismus“ in der eigenartigen trotzkiistischen Formulierung entwickelte. Von diesem Augenblick an konnte ihn die Partei nicht mehr in ihren Reihen dulden und konnte ihn um so leichter über Bord werfen, als seine Gehässigkeit gegen die Partei in direkter Proportion zur Verringerung seiner Anziehungskraft innerhalb der Partei zunahm.

Die Trotzkiisten versuchen, ihren menschewistischen Unglauben gegenüber der Möglichkeit eines Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetrepublik damit zu verdecken, daß sie ihren angeblich leidenschaftlichen Glauben an die Nähe der sozialistischen Weltrevolution zum Unterschiede von den „Stalinisten“, die an „nationaler Beschränktheit“ litten, in die Welt posaunen. Das ist die reinste Lüge. Ihre Beurteilung der Situation in den kapitalistischen Ländern ist eine ebenso menschewistische, wie es ihre Einschätzung der Situation in der Sowjetunion ist. Dies hat ein übriges Mal die Rede des Trotzkiisten Rakowski bestätigt. Rakowski sagte da:

„Wir nehmen wohl ein Sechstel des Erdballes ein, doch unser Feind nimmt fünf Sechstel ein. Er hat die Staatsgewalt in Händen. Er hat das Kapital in Händen, ebenso die höhere Technik, er besitzt eine kolossale politische Erfahrung in der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats der kolonialen und halbkolonialen Völker.“

Mit einem Wort, die Bourgeoisie ist allmächtig, wir aber sind ohnmächtig. Nachdem er dann all unsere wirklichen und angeblichen Niederlagen auf der internationalen Arena hergezählt hat, geht Rakowski zur Einschätzung der Stimmung der westeuropäischen Arbeiterklasse über:

„Genossen, ich muß sagen, daß ich die optimistische Prognose und das Urteil des Genossen Stalin nicht teile. Wir haben in dieser Beziehung folgende Phrase gehört: Wir konstatieren die ständige Zunahme der Sympathien der Arbeiterklasse gegenüber

der Sowjetunion. Genossen, in einer solchen allgemeinen Form gibt dies keine richtige Vorstellung von jenen Veränderungen, die im Auslande vor sich gehen. Dies kann irreführend sein. Ich sagte, wenn auch die Sympathien in der Breite zunehmen, so ist doch die Wirksamkeit dieser Sympathien geringer, und das ist die beunruhigendste Tatsache in unserer internationalen Politik... Genossen, zugleich mit dem Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei müssen wir eine Verringerung der Wirksamkeit, der Aktivität der Arbeiterklasse konstatieren. Und gegenüber dieser alarmierenden Tatsache kann ich mich mit der allgemeinen Erklärung über das Wachstum der Sympathien mit uns nicht einverstanden erklären."

Wir sehen hier ein klares, vollkommen konsequentes Bild in menschewistischen Tönen. Während die vom Zentralkomitee der KPdSU vorgeschlagene Resolution konstatiert, daß die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder zum Gegenangriff überzugehen beginnt, daß der kurze Rückgang der revolutionären Welle in Europa aufs neue durch ein Aufsteigen derselben abgelöst wird, daß gleichzeitig die Arbeiterklasse der Sowjetunion durch Ueberwindung aller Schwierigkeiten von Erfolg zu Erfolg schreitet, pochen die Trotzlisten darauf, daß die Arbeiterklasse sowohl der Sowjetunion wie der kapitalistischen Länder zusammenschrumpft, während die Kräfte ihrer Feinde sowohl in der Sowjetunion wie in den kapitalistischen Ländern zunehmen. Ueberall und allenthalben sehen sie nur unsere Niederlagen, überall und allenthalben verursachen sie im Angesicht der machtvollen Bourgeoisie eine Panik, überall und allenthalben gebärden sie sich als Kapitulant. Und dieser Skepsis und diesem Kapitulantentum widersprechen keineswegs ihr ultralinkes, demagogisches Geschrei und ihre abenteuerlichen Vorschläge. Dies ist nur eine besondere Eigenart des trotzkistischen Menschewismus, der sich vom gewöhnlichen Menschewismus dadurch unterscheidet, daß der erstere eine Aeüßerung der Stimmung des rebellierenden Kleinbürgers, der zweite aber eine Aeüßerung der Stimmung des kleinlaut werdenden Kleinbürgers darstellt. Ungeachtet dieses Unterschiedes sind sie beide gleich schädlich. Beide müssen in gleicher Weise hinweggefegt werden, um den Weg für den siegreichen Angriff des Proletariats freizumachen. Und dies hat der 15. Parteitag getan.

Die einmütige Ansicht des gesamten Kongresses zum Ausdruck bringend, schloß der Gefosse Stalin seinen Bericht mit folgenden Worten:

„Und welcher Schluß ergibt sich hier? Nur der eine: Wir sind auf dem richtigen Wege, die Politik unserer Partei ist die richtige; daraus aber folgt, daß wir, diesen Weg weitergehend, sicher zum Siege des Sozialismus in unserem Lande, zum Siege des Sozialismus in allen Ländern kommen werden. Dies bedeutet noch nicht, daß wir auf unserem Wege keinen Schwierigkeiten begegnen werden. Schwierigkeiten wird es geben, wir fürchten sie aber nicht, denn wir sind — Bolschewiki, die im Feuer der Revolution gestählt sind. Schwierigkeiten wird es geben. Wir werden sie aber überwinden, wie wir sie bisher überwunden haben, denn wir sind — Bolschewiki, zusammengeschmiedet in der ehernen Partei Lenins, um gegen Schwierigkeiten zu kämpfen und sie zu überwinden, aber nicht um zu weinen und zu winseln. Und gerade deshalb, weil wir Bolschewiki sind, ist uns der Sieg sicher. Genossen, zum Siege des Kommunismus in unserem Lande! Zum Siege des Kommunismus in der ganzen Welt! Vorwärts!“

Auf diese Worte antwortete der Parteitag mit stürmischem, nicht endenwollendem Beifall. Der Trotzismus hat seinen politischen Tod gefunden, und die Partei ist über seinen Leichnam hinweggeschritten, indem sie in neue Kämpfe mit unzerstörbarem Glauben an den Sieg hineingeht.

EINE ANSCHAULICHE LEHRE

Zehn Jahre schon dauert die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege. Am Tage nach dem Abschluß des Friedens von Versailles begann die herrschende Klasse der kapitalistischen Länder sich nach Kräften zum nächsten Zusammenstoß zu sammeln, dessen Schrecken infolge der Fortschritte in der Kriegstechnik alles bisher Dagewesene übertreffen wird. Die ganze Welt steht im Zeichen eines nahenden Krieges. Die dünne Rinde friedlicher Beziehungen, die den Krater des modernen Militarismus bedeckt, wird unausgesetzt durchbrochen, und es werden die Widersprüche des kapitalistischen Systems offenbar, deren grellster Ausdruck der Krieg ist. Kein Jahr, kein Monat, in dem nicht in irgendeinem Erdwinkel die stählerne Stimme der menschenvernichtenden Geschütze ertönte und dem kapitalistischen Moloch nicht hunderte und tausende Menschenopfer brächte. Mit all seinen Kräften bereitet der Imperialismus sich vor, auf die im Feuer der Revolution erstandene Republik der Arbeit sich zu stürzen, um den Aufbau der neuen Welt — der Welt des Sozialismus — niederzut trampeln. Die ganze kapitalistische Welt steht unter Waffen.

Die Bourgeoisie aber führt den Krieg nicht mit eigenen Händen. Die herrschende Klasse hält nur die Kommandohöhen besetzt, in die Schlacht aber treibt sie die breitesten Schichten der Volksmassen. Deshalb muß sie die Psychologie der Vielmillionenmassen unausgesetzt vielfältiger und allseitiger Bearbeitung unterziehen, weil deren Interessen in sozialer Beziehung jenen der Bourgeoisie direkt entgegengesetzt sind; so muß die Situation geschaffen werden, welche die Vorbereitung und Durchführung des Krieges begünstigt. Von direkter Bestechung bis zur Schaffung der „demokratischen“ pazifistischen Theorie, von den Feldgerichten bis zur Einheitsfront mit den Sozialisten sind der Bourgeoisie zur Vorbereitung des Krieges keine Mittel zu schlecht.

Die Losung der Abrüstung, die den werktätigen Massen so verwandt und verständlich ist, weil sie im Verlaufe des letzten Weltkrieges zahllose Opfer gebracht haben, wurde in den Händen der bürgerlichen Regierungen zu einem Mittel, die Vorbereitung neuer Zusammenstöße zu verdecken. Schon seit drei Jahren — und zwar gerade jenen letzten drei Jahren, in welchen die Anstrengungen, die Kampf macht der kapitalistischen Regierungen auf den höchsten Bereitschaftsgrad zu bringen, ihren Höhepunkt erreicht haben — steht das Problem der „Abrüstung“ im Brennpunkte des internationalen Lebens. Indem sie ein fingiertes Interesse an der Lösung dieser Frage zur Schau tragen, sie aber in Wirklichkeit durch die kompliziertesten Lügenge weben verschleiern, flößten die politischen Agenten und Diplomaten der bürgerlichen und „sozialistischen“ Denkweise den Massen die Illusion ein, daß sie tatsächlich diese verwünschteste Frage der Gegenwart lösen wollen und können. Die Paul Boncour, de Brouquère, Breitscheid, Macdonald und Hendersons — diese getreuen Diener der Bourgeoisie — tun alles, damit jener Teil der Arbeiterklasse, der ihnen noch folgt, den Glauben an die Möglichkeit der Befreiung von der Geißel des Krieges im Rahmen der kapita-

listischen Gesellschaft nicht verliere. Indem sie sich in die vorderste Reihe der Anhänger des Völkerbundes stellten, machten diese Schöpfer der Genfer Protokolle und Mithelfer am Versailler Vertrag den niederträchtigsten Betrug der Bourgeoisie an der Arbeiterklasse und den Werktätigen möglich. Denn immer noch sind viele Hunderttausende Proletarier, verblendet durch die Theorie der Zweiten Internationale über die Evolution der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus, verführt von den Predigern der Zusammenarbeit der Klassen, nicht fähig, zu begreifen, daß das politische und ökonomische System der Bourgeoisie auf das engste verflochten ist mit der höchstmöglichen Vergrößerung der Rüstungen, daß der Militarismus der Zwillingbruder des Imperialismus ist. Immer noch sind die rückständigen Schichten der Werktätigen und die Kleinbürger bereit, den tönenden Phrasen Glauben zu schenken, die von den hohen Tribünen über das Thema der Abrüstung vorgetragen werden, und setzen ihre Hoffnung auf den Völkerbund der Wilson, Lloyd George und Clémenceau.

Gerade jetzt, wo Europa vom Ring der Kriegsbedrohung umklammert ist, wo die eindeutige Vorbereitung der Intervention gegen die UdSSR vor sich geht, wo die ausländischen Kriegsflotten und Landungstruppen den chinesischen Imperialisten helfen, der revolutionären Bewegung der chinesischen Arbeiter und Bauern Herr zu werden, gerade in diesem Augenblicke war es besonders wichtig, vor den Augen der ganzen Welt die Doppelzüngigkeit der imperialistischen Lehren von der Entwaffnung zu offenbaren und ihren wirklichen Wert aufzuzeigen.

Diese historische Aufgabe übernahm und erfüllte die Delegation des Sowjetstaates in der sogenannten vorbereitenden Kommission für Abrüstung.

Zum ersten Male während dieser drei Jahre wurde auf den Sitzungen der Abrüstungskommission die Frage der Abrüstung ehrlich und geradezu gestellt. Die ganze Welt wußte, daß die Sowjetdelegation mit ihrem Vorschlag hervortritt, der den weitesten und radikalsten Plan der Abrüstung in sich schließt, und dennoch war sie erschüttert. Denn die psychologische Wirkung des Vorschlags auf allgemeine und vollständige Abrüstung, hinter dem die reale Kraft und Autorität eines der größten Länder der Welt steht, des Landes der proletarischen Diktatur, war ungewöhnlich groß. Trotz aller Versuche der Herabsetzung der Bedeutung des Auftretens der Sowjetdelegation tritt die Kopflosigkeit deutlich hervor, welche die Anhänger der Abrüstung auf lange Sicht erfaßte, als sie der Tatsache gegenüberstanden, daß dieses Projekt von einer Staatsmacht eingebracht wird, die durch zehn Jahre das Geschick einer Bevölkerung von 140 Millionen Menschen leitet und sich auf die Sympathie der breitesten Volksmassen stützt. So sehr sie sich auch bemühten, das Sowjetprojekt als Utopie hinzustellen, und in dieser Hinsicht zeichnete sich das Verhalten der Sozialisten durch besondere Abscheulichkeit aus — Paul Boncour war der erste, der die Erstarrung der vorbereitenden Kommission nach Anhören der Sowjetdeklaration löste — die Bereitwilligkeit des Sowjetstaates, d u r c h T a t e n die Realisierbarkeit der sofortigen und vollständigen Abrüstung zu beweisen, wenn nur auch die kapitalistischen Staaten diesen Plan annehmen, muß so manchen unter den Gläubigen der Rezepte des Völkerbundes nachdenklich stimmen.

Wo ist der Prüfstein dafür, daß der vom Sowjetbund vorgebrachte Plan

minder verwirklichbar, minder real ist als die Projekte Frankreichs, Englands und der anderen kapitalistischen Mächte? Wenn diese Weltmächte über die Erfahrungen der hundertjährigen Staatsmacht der Bourgeoisie verfügen, so steht doch hinter dem Sowjetstaat die Autorität des größten sozialen Experiments, das die ungeheuren Reserven der schöpferischen Kraft der werktätigen Massen in Gang setzte. Wer die Geschichte Rußlands auch nur ein wenig kennt, wird sich daran erinnern müssen, daß vor zehn Jahren die Verbündeten und Kampfgenossen der französischen, deutschen und englischen Sozialisten — die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre — gleichfalls gegen Genossen Lenin den Vorwurf des utopischen und propagandistischen Charakters der bolschewistischen Forderungen erhoben, und dennoch wurden diese Forderungen durch die Oktoberrevolution verwirklicht.

Wenn das Auftreten der Sowjetdelegation lediglich als Propaganda zu werten wäre, dann ist vielleicht die Frage zulässig, warum die Propaganda des Friedens und der Abrüstung jetzt zum ersten Male in so konkreter, greifbarer und entschiedener Form gerade nur aus dem Munde der Vertreter des Arbeiterstaates zu vernehmen war? Selbst wenn nur davon die Rede wäre, einen Anstoß zu aufmerksamerem Verhalten gegenüber der brennenden Frage der Abrüstung zu geben, weshalb mußte man auf die Ankunft der Sowjetdelegation warten, um im Friedenspalast die Propaganda des Friedens zu hören? Diese Fragen werden rege und das Verdienst hieran fällt dem Sowjetbund zu.

Die Genfer Tagung hat bewiesen, daß an der tatsächlichen Lösung des Problems der Abrüstung nur eine Delegation interessiert ist — und dies ist die Delegation des Sowjetstaates. Die Kommunistische Partei, die Avantgarde der Arbeiterklasse, die im Sowjetstaate die Macht in Händen hält, erwies sich als die einzige, die in ihrem politischen Programm und dessen praktischer Verwirklichung die Verteidigung der Interessen der breiten Massen der Werktätigen konsequent durchführt. In dieser Hinsicht hat die vierte Tagung der Vorbereitenden Kommission für Abrüstung eine anschauliche Lehre erteilt, die nicht vergessen werden wird.

Die Sowjetdelegation erwartete nicht und konnte nicht erwarten, daß ihr Auftreten irgendein sympathisches Echo auf Seiten jener findet, die entsandt wurden, um in Genf eine Abrüstungskomödie aufzuführen. Ueber die Köpfe dieser Delegierten hinweg, über die Köpfe dieser Regierungen hinweg wandte die Sowjetdelegation sich an die vielen Millionen der werktätigen Massen mit einer Warnung vor dem imperialistischen Betrug, dessen Folgen für das Schicksal der Menschheit tragisch sein werden. Die Abrüstung anvertraut den Imperialisten — das ist die frechste Verhöhnung der Interessen des Friedens. Der geringste Schritt in der Richtung einer Verringerung der Rüstungen erfordert den stärksten Druck von unten, denn er stößt auf den Widerstand jener, die die Politik der kapitalistischen Regierungen bestimmen. Die Kanonenkönige, die Stahlmagnaten, die Leiter der chemischen Trusts und die Weltbankiers diktieren die Politik des Völkerbundes und der einzelnen Staaten. In der Welt der Imperialisten ist der Friede so unmöglich, wie es unmöglich ist, der Ausbeutung der Werktätigen ohne die Niederwerfung der Macht der Bourgeoisie ein Ende zu machen.

Die kommunistischen Parteien müssen erbarmungslos das Wesen der Abrüstungs„tätigkeit“ enthüllen, bei der die Sozialisten aller Schattierungen die schändlichste Rolle spielen. Bei den Versuchen, den Sinn der Sowjetvorschläge zu verfälschen und den Eindruck abzuschwächen, den die Klassentaktik der proletarischen Vertreter hervorruft, sind die Boncours, die „Populaire“ und „Vorwärts“ der Bourgeoisie voraus und stellen die provokatorische Forderung auf, der Sowjetbund möge als erster abrüsten. Indem sie die Interessen des Weltproletariats verräterisch hintansetzen, möchten diese imperialistischen Nachkläffer, daß der Sowjetstaat sich angesichts des gegen ihn vorbereiteten Ueberfalls wehrlos mache. Es gibt keinen Arbeiter, keinen klassenbewußten Werk tätigen, der auch nur den Gedanken daran zuließe, daß der Arbeiterstaat wehrlos dastehe und der Drohung der Vernichtung des revolutionären Aufbaus des Sozialismus weiche. Alle Kräfte, alle Aufmerksamkeit müssen dem Entscheidungskampf gegen die Drohung eines neuen Krieges, gegen jene Rüstungen, die zu den imperialistischen Zusammenstößen führen, gegen den Krieg mit der Sowjetunion dienen. Die Arbeiterklasse darf sich nicht durch die Illusion täuschen lassen, als gäbe es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Möglichkeit, die Wiederholung von 1914 zu vermeiden. Sie darf nicht den Märchen der Pazifisten unterliegen, als ob die Friedenspropaganda fähig wäre, die Tätigkeit der militäristischen Maschine zum Stillstand zu bringen. Ohne zähe revolutionäre Tätigkeit in Friedenszeiten bleibt die Vorstellung eine schädliche Illusion, daß der Krieg durch den bloßen Aufruf zum Generalstreik aufgehalten werden kann. Ohne die genaueste Aufklärung der Massen über die Lehren der Genfer Komödie wird der ideologische Nebel nicht zerstreut werden können, mit dem die Bourgeoisie und ihre sozialistischen Nachkläffer das Problem der Abrüstung verschleiern.

Die Imperialisten tun jetzt alles mögliche, um den Eindruck des Auftretens der Sowjets für sich unschädlich zu machen. Durch die Bildung des Sicherheitskomitees wird ein Instrument zur vollkommenen Sabotage der Sache der Abrüstung geschaffen. Dadurch, daß man die Frage der Sicherheiten in den Vordergrund schiebt, versucht man die Aufmerksamkeit der Massen von der Hauptfrage abzulenken. Die Imperialisten sichern sich gegen Ueberraschungen, welche die Beteiligung der Vertreter des Arbeiterstaates bei der Prüfung der Abrüstungsfrage ihnen bereiten kann.

Wir sind überzeugt von der Unmöglichkeit der Abrüstung unter der Herrschaft der Bourgeoisie, und wir müssen dahin gelangen, daß die breitesten Massen erlernen, sich in der Verlogenheit des bürgerlichen und sozialdemokratischen „Pazifismus“ zurechtzufinden.

Die Taktik des Sowjetstaates, der von der Avantgarde der Kommunistischen Internationale geführt wird, erweist sich als ein Faktor zur Revolutionierung der proletarischen Massen und Millionen Werk tätiger in den kapitalistischen Ländern. Um die Losung: Kampf gegen den Imperialismus, für die wirkliche Abrüstung, gegen die mörderischen Kriege, für die Verteidigung der UdSSR, für die Vernichtung der Herrschaft der Ausbeuter — scharen sich die Proletarier und Geknechteten aller Länder.

L. ALFRED:
DAS PROBLEM DES ZUVERLÄSSIGEN
HEERES

Das Problem des zuverlässigen Heeres ist in der Militärpolitik der kapitalistischen Länder nach dem Weltkrieg 1914/18 immer mehr in den Vordergrund getreten, und die Zuverlässigkeit ist der entscheidende Gesichtspunkt bei der Lösung der Heeresfragen in der jetzigen Niedergangsperiode des Kapitalismus geworden.

Der letzte imperialistische Krieg führte zu gewaltigen revolutionären Erhebungen innerhalb der Millionenarmeen der meisten imperialistischen Mächte. Der Zusammenbruch der russischen Zarenarmee wie auch der Wehrmacht Deutschlands und Oesterreichs ist noch in frischer Erinnerung. Auch in der französischen Armee kam es im Frühjahr 1917 zu einer breiten Aufstandsbewegung, die ganze Armeekorps erfaßte und von der französischen Heeresleitung nur mit großer Mühe und durch außerordentlich grausame Maßnahmen erstickt werden konnte.

Die Geschichte der Jahre nach dem Weltkrieg ist die Geschichte von äußerst erbitterten Klassenkämpfen, von siegreichen und blutig niedergemetzelten bewaffneten Aufständen, von großen revolutionären Bewegungen in den Kolonien, von bewaffneter Intervention und systematischer Vorbereitung eines großen Feldzuges gegen den ersten Arbeiterstaat, die Sowjetunion. Das alles gibt volles Recht zu der Annahme, daß in dem zukünftigen Krieg, besonders wenn es sich um einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion handeln wird, solche revolutionären Erhebungen innerhalb der Massenarmeen noch viel wahrscheinlicher sein werden als früher.

So schätzen auch die kapitalistischen Regierungen selbst die Lage ein und sie kommen daher in der Militärpolitik, die sie eben deshalb mit einem geheimnisvollen Dunkel umgeben, auf Grund der Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit überall zu dem praktischen Schluß, daß es mehr denn je darauf ankomme, gegen den „inneren Feind“ und gegen andere revolutionäre Faktoren militärisch gerüstet zu sein, und daß es deshalb vor allem notwendig sei, um jeden Preis ein zuverlässiges Heer zu schaffen.

In vielen Ländern hat man die Frage des zuverlässigen Heeres durch Gründung von freiwilligen, bewaffneten Kampforganisationen der Bourgeoisie zu lösen versucht. Die faschistische Miliz in Italien, die Schutzkorps in Finnland und die in der letzten Zeit entstandenen Heimwehren in Oesterreich sind Typen solcher Organisationen. Hierher gehören auch die deutschen faschistischen Verbände (Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf u. a.), obwohl sie, wenigstens offiziell, unbewaffnet sind.

Als Zweck dieser Organisationen wird in den meisten Fällen ganz offen die Aufrechterhaltung und der Schutz der bestehenden, also der kapitalistischen Gesellschaftsordnung angegeben. Deshalb sind sie auch, direkt oder indirekt, mit den Organen der Staatsgewalt verbunden. So sind zum

Beispiel die faschistische Miliz in Italien und die Schutzkorps in Finnland offiziell Bestandteile der bewaffneten Kräfte dieser Länder; sie werden vom Staat finanziert und bewaffnet, und ihre Offiziere stehen in Staatsold.

*

Neben diesen bewaffneten Klassenarmeen der Bourgeoisie kommen die Söldnerheere, die Berufsarmeen, in dem Streben der kapitalistischen Staaten nach einem zuverlässigen Heer mehr und mehr in Geltung.

Sie bilden keine neue Erscheinung. Im Gegenteil, sie sind viel älter als die Armeen der allgemeinen Wehrpflicht, die mit dem Einzug des Kapitalismus an die Stelle der alten Söldnerheere des Feudalismus traten. Vor dem Weltkrieg gab es Söldnerheere nur in einigen wenigen kapitalistischen Ländern, was auf die spezifische Lage dieser Länder zurückzuführen ist (zum Beispiel England). Nach dem Weltkrieg aber sind einige Länder, die vorher die allgemeine Wehrpflicht hatten, zur Bildung von Söldnerheeren übergegangen, und diese Tendenz des Uebergangs von den Heeren der allgemeinen Dienstpflicht zurück zu den Berufsarmeen macht sich immer mehr bemerkbar. Deutschland, Oesterreich und einige andere Länder, die vor dem Kriege reine Dienstpflichtarmeen hatten, haben jetzt reine Berufsarmeen. Frankreich ist im Begriff, eine Berufsarmee zu bilden. In einigen anderen Ländern werden Maßnahmen getroffen, die mehr oder weniger klar dieselbe Tendenz aufweisen.

Die Entstehung der deutschen Reichswehr, dieses typischen Söldnerheeres, ist geeignet, den Sinn dieser Tendenz zur Schaffung von Söldnerheeren zu beleuchten. Die Reichswehr ist in den Revolutionsjahren 1918/20 entstanden, und zwar aus den unmittelbaren Bedürfnissen der Konterrevolution im Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Arbeiterklasse. Sie wurde ursprünglich aus den Freiwilligenkorps gebildet, die von den monarchistischen Offizieren zur Liquidierung der revolutionären Bewegung geschaffen und geleitet, und die dann von der Ebert-Noske-Regierung mit der Niedermetzelung der deutschen Revolution beauftragt wurden.

Dabei ist interessant, daß diese konterrevolutionären Offiziere sich bei der Organisierung ihrer Freiwilligenkorps von dem Grundsatz leiten ließen: „Lieber wenige, aber unbedingt zuverlässige Leute, als viele schlechte“ (General Märker in seinem Buche „Vom Kaiserheer zur Reichswehr“). Vom Standpunkt der Konterrevolution ist dieser Grundsatz in solchen Situationen vollkommen richtig. Bei der Unterdrückung eines Massenaufstandes hat die Konterrevolution immer primitiv organisierte Kampforganisationen oder aufständische, in Zersetzung befindliche Teile der regulären Armee, also rein militärisch betrachtet, einen minderwertigen Gegner gegen sich. Kann man einem solchen Gegner, wenn auch verhältnismäßig kleine, aber fest in der Hand der Führung befindliche geschlossene Truppen entgegenstellen, so hat man unvergleichlich mehr Aussicht auf Unterdrückung der Massenbewegung als mit einer viel größeren Armee, die der Gefahr der Zersetzung ausgesetzt ist.

Den Umstand, daß die Söldnerheere nach dem Weltkrieg in erster Linie in den besiegten Ländern entstanden und zum Teil von den Siegern den Besiegten aufgezungen worden sind, soll man keineswegs so erklären, daß

die Einführung der Söldnerheere an sich einen Nachteil für die Machthaber dieser Länder bedeutet. Im Gegenteil, die Sieger waren selbst daran interessiert, den Kapitalismus in den besiegten Ländern gegen den „inneren Feind“, die proletarische Revolution, zu schützen. Und zu diesem Zwecke sind solche Söldnergarden, wie die deutsche Reichswehr, sehr geeignet. Der Nachteil für die herrschende Bourgeoisie der besiegten Länder besteht also nicht in der Einführung der Söldnerheere, sondern in denjenigen Bestimmungen der Friedensverträge, nach denen die Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung von großen Millionearmeen den Besiegten unmöglich gemacht werden soll.

Auch in den Siegerländern geht der Kurs auf die Schaffung von Söldnerheeren. Ein gutes Beispiel dafür liefert die neue französische Heeresreform, die gleichzeitig den großen Widerspruch aufzeigt, in den die kapitalistischen Regierungen mit ihrer Militärpolitik geraten sind. Einerseits erfordert die moderne Kriegführung die restlose Ausnützung aller Hilfsquellen, auch des gesamten Menschenmaterials. Für diese Aufgabe sorgt das Gesetz Paul Boncour über die „bewaffnete Nation“, das die Militarisierung der ganzen Bevölkerung, darunter auch der Frauen und Kinder, vorsieht. Andererseits aber ist gerade in Frankreich das Problem des zuverlässigen Heeres in der letzten Zeit besonders brennend geworden. Zu seiner Lösung schlägt die französische Regierung eine tiefgehende Reorganisierung der Armee vor, das „Gesetz Painlevé“. Nach dieser Gesetzesvorlage soll der Charakter der französischen Armee radikal verändert werden: sie soll vorwiegend eine Berufsarmee, ein Söldnerheer werden, während sie bisher eine typische Armee der allgemeinen Wehrpflicht war. Der Effektivbestand der Armee soll auch weiter etwa 600 000 bis 700 000 Mann bleiben, aber davon werden nur etwas mehr als 200 000 Mann jährlich einberufene Rekruten, alle anderen aber, also etwa zwei Drittel, Berufssoldaten sein.

Eine Berufsarmee kostet viel Geld. Und daß das Problem der Zuverlässigkeit des Heeres in der Militärpolitik zum entscheidenden Problem der französischen Imperialisten geworden ist, beweist unter anderem auch der Umstand, daß sie diese Berufsarmee zum Teil auch auf Kosten der militärischen Vorbereitung der breiten Massen der Bevölkerung schaffen wollen. So haben sie sich dazu gezwungen gesehen, die Dienstzeit von 18 auf 12 Monate zu verkürzen und die Zahl der Truppeneinheiten zu reduzieren. Das sind an sich Maßnahmen, die die Vorbereitung und Mobilisierung der Millionearmee bedeutend erschweren, aber diese Maßnahmen bringen Ersparnisse, die den Unterhalt der kostspieligen, aber unter allen Umständen zuverlässig sein sollenden Berufsarmee erleichtern.

Die Kapitalisten in allen Ländern möchten zweifellos gern eine möglichst starke Söldnergarde haben, aber nicht alle Staaten können sich eine solche kostspielige Sache in dem Umfange leisten, wie sie die französische Regierung plant. Aber dieselbe Tendenz kommt in vielen Ländern darin zum Ausdruck, daß sie die Zahl der Berufssoldaten in den Heeren der allgemeinen Wehrpflicht vergrößern, um innerhalb dieser Heere wenigstens starke Kadets von zuverlässigen Leuten zu bilden. So ist man bestrebt, das Unteroffizierkorps und besondere Truppenteile (zum Beispiel die Fliegertruppen), bei

denen es besonders auf die Zuverlässigkeit ankommt, möglichst restlos durch Berufssoldaten zu besetzen.

*

Auch die II. Internationale sieht sich jetzt gezwungen, das Problem der Berufsheere zu erörtern. Auf seiner Tagung im September d. J. hat sich das Büro der II. Internationale mit der Frage „Volkshेर oder Berufsheer?“ eingehend beschäftigt. Seit dem Anfang des letzten Weltkrieges rechtfertigen und unterstützen die Sozialdemokraten der einzelnen Länder den Militarismus ihrer eigenen Bourgeoisie mit allen Mitteln. Natürlich auch in dieser Frage. Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten — die zu Hause Söldnerheere haben —, verteidigten das Berufsheer mit der Begründung, daß die Berufsarmee die Befreiung der breiten Volksmassen von der Belastung der allgemeinen Wehrpflicht bedeute. Die Franzosen dagegen verteidigen das Gesetz ihres Parteigenossen Paul Boncour, das den französischen Imperialisten erlaubt, die ganze Bevölkerung, ohne Unterschied von Alter und Geschlecht, zu mobilisieren.

Natürlich ist das Büro der II. Internationale in dieser Frage zu keinem Entschluß gekommen. Es hat nur beschlossen, die Frage weiter zu untersuchen. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um voraussehen zu können, daß die II. Internationale, auch zu keinem anderen Entschluß als zur Verteidigung und Rechtfertigung des militärischen Systems jedes betreffenden kapitalistischen „Vaterlandes“ kommen wird. Der Beschluß auf „Untersuchung“ der Frage bringt den Willen zum Ausdruck, diese Frage zu verschieben, zu vertuschen und zu vergessen.

Den Lakaien der Imperialisten aus der II. Internationale fällt es selbstverständlich gar nicht ein, diese Frage marxistisch zu stellen, das bedeutet in der jetzigen Situation, daß sie nicht nur vom Standpunkt des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Länder, sondern auch vom Gesichtspunkt des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und der Verteidigung des ersten proletarischen Staates betrachtet werden muß. Wenn man an diese Frage so herangeht, kann und muß man ihr gegenüber eine ganz bestimmte Stellung einnehmen. Es ist nicht schwierig zu sehen, daß es sich bei der Schaffung von Berufsheeren um eine ausgesprochen reaktionäre, gegen jede revolutionäre Bewegung gerichtete und gefährliche Maßnahme handelt. Mit der Schaffung von Berufsarmeen hofft die Weltreaktion ein blindes, gefügiges, den werktätigen Massen entfremdetes und von ihnen isoliertes, gegen die Gefahr „revolutionärer Ansteckung“ gesichertes Werkzeug in die Hände zu bekommen. Solche Söldnergarden braucht die Weltreaktion im Kampfe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und für die Expeditionen gegen die Kolonien und andere unterdrückte Völker. Und schließlich sieht die Weltreaktion, daß in einem imperialistischen Kriege gegen den ersten Arbeiterstaat die aus Arbeiter- und Bauernmassen zusammengesetzten Wehrpflichtarmeen nicht genügend zuverlässig sein werden und daß es daher in einem solchen Fall vorteilhafter sein wird, sich der Söldnergarden zu bedienen.

Um die Zuverlässigkeit der Berufsarmeen zu sichern, wird in den meisten Ländern der Auswahl der Leute große Aufmerksamkeit geschenkt. Sie werden aus solchen unbewußt oder bewußt reaktionären Elementen zusammengesetzt, die den Interessen der Reaktion am besten entsprechen.

Für die Aufnahme in die deutsche Reichswehr ist „vaterländische“, d. h. reaktionäre Gesinnung Voraussetzung. Sie wird denn auch hauptsächlich aus den monarchistischen Frontkämpferorganisationen rekrutiert. Der Prozentsatz der Arbeiter in der Reichswehr ist sehr gering. In anderen Ländern werden die Berufssoldaten in einem hohen Maße unter deklassierten Elementen, sogar unter gemeinen Verbrechern geworben.

Weil es sich bei der Gründung von Söldnerheeren und bewaffneten freiwilligen Kampforganisationen der Bourgeoisie, ebenso wie bei allen anderen oben geschilderten Maßnahmen der kapitalistischen Regierungen zur Schaffung eines zuverlässigen Heeres um eine ausgesprochen reaktionäre, konterrevolutionäre, gefährliche Tendenz handelt, muß diese Tendenz von der klassenbewußten Arbeiterschaft mit allen Mitteln bekämpft werden. Sie muß die Durchführung von solchen reaktionären „Reformen“ zu verhindern suchen. Wenn dies aber nicht gelingt, muß in der Richtung gearbeitet werden, daß auch diese Söldnergarden, so sorgfältig ihre Angehörigen auch ausgewählt sein und so verzweifelte Maßnahmen die kapitalistischen Regierungen auch treffen mögen, um sie von den werktätigen Massen zu isolieren, nicht so blind und stumpf und der Arbeiterklasse sowie den revolutionären Völkern nicht so feindlich gesinnt bleiben, wie es ihre Herren wünschen. Die Arbeit in dieser Richtung ist schwierig, aber möglich, wenn man an sie praktisch, sachlich, konkret und energisch herangeht.

*

Welches ist nun die Stellung der Kommunisten zu der oben erwähnten Frage: Volksheer oder Berufsheer? Sind wir nun, nach entschiedener Ablehnung des Berufsheeres, für das „Volksheer“, wie man die Armee der allgemeinen Wehrpflicht auch gelegentlich nennt?

Wenn man weiß, daß in einem bürgerlichen Staat jedes Heer, ob Berufsheer oder sogenanntes Volksheer, ein Unterdrückungsapparat in den Händen der herrschenden Bourgeoisie ist, so ist es ohne weiteres klar, daß auch die allgemeine Wehrpflicht nicht unsere Losung sein kann. Wir sind gegen jede Form der militärischen Organisation im kapitalistischen Staat. Aber dessen ungeachtet ist es in der Praxis nicht unwichtig, zwischen den verschiedenen Formen zu unterscheiden und festzustellen, daß ein Söldnerheer im Vergleich mit einem Heer der allgemeinen Wehrpflicht als für die Arbeiterklasse viel gefährlicher zu betrachten ist.

Gegen die in diesem Aufsatz aufgestellte These über die verhältnismäßige Gefährlichkeit der Berufsarmeen als eine ausgesprochen reaktionäre Erscheinung könnte man einwenden, daß das Beispiel des österreichischen Bundesheeres gegen eine solche Verallgemeinerung spricht. Man könnte sagen, das österreichische Bundesheer — welches auch ein reines Söldnerheer ist — sei nach seiner Zusammensetzung gar nicht reaktionär, man fördere nicht reaktionäre sondern republikanische Gesinnung als Aufnahmebedingung in das Heer; die gewaltige Mehrheit der Angehörigen des Heeres seien Sozialdemokraten, das Heer sei von den breiten Arbeitermassen verhältnismäßig wenig isoliert, habe politisches Wahlrecht und könne dementsprechend auch am politischen Leben teilnehmen, sei

gewerkschaftlich organisiert, ja sogar die Kommunisten können in der Armee verhältnismäßig unbehelligt arbeiten usw.

Es ist wahr, daß das österreichische Bundesheer in mancher Beziehung eine originelle Erscheinung ist, was auf ganz spezifische, rein österreichische Verhältnisse zurückzuführen ist, die hier auseinanderzusetzen, zu weit führen würde. Es ist auch nicht nötig. Es genügt, die Tatsachen festzustellen, daß auch für die österreichische Bourgeoisie das Problem des zuverlässigen Heeres in der letzten Zeit und ganz besonders nach den Juli-ereignissen sehr brennend geworden ist und daß sie jetzt in dieser Richtung fieberhaft arbeitet. Neben der Schaffung von Heimwehren, dieser bewaffneten Kampforganisationen der Bourgeoisie, hat sie schon einen planmäßigen Kampf zur „Entpolitisierung“ des Bundesheeres, d. h. zur Isolierung der Soldaten von den Arbeitermassen und vom politischen Leben und zur Reinigung des Heeres von ihr unangenehmen Elementen eingeleitet. Das deutsche „Militär-Wochenblatt“ (vom 11. November d. J.) stellt mit großer Befriedigung fest, daß in Oesterreich die „Entpolitisierung“ des Heeres neuerlich große Fortschritte gemacht hat. Bei den diesjährigen Vertrauensmännerwahlen im Bundesheere hat die Regierung es erreicht, daß die große Mehrheit der Vertrauensleute aus bewußt reaktionären und bürgerlichen Elementen besteht, während sie früher in ihrer Mehrzahl Sozialdemokraten waren. Dieses Wahlergebnis hat die Regierung durch eine besondere Wahlstrategie, besondere Schieberkünste, gleichzeitig aber durch allerlei Terror- und Bestechungsmaßnahmen erreicht. Eine solche Maßnahme ist die Ueberleitung von ausgedienten Soldaten in großem Umfange in Zivilstaatsanstellungen, während den weniger Zuverlässigen bei ihrer Entlassung Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt wird. Das alles zeigt, daß Oesterreich in dieser Frage keine Ausnahme von der allgemeinen Regel bildet.

Marx hat in seinen Werken wiederholt den genialen Gedanken entwickelt, den Lenin in seinem Artikel „Die Lehren des Moskauer Aufstandes“ mit außerordentlicher Klarheit folgendermaßen formulierte:

„Die Revolution schreitet dadurch vorwärts, daß sie eine geschlossene und feste Konterrevolution schafft, d. h. den Feind zwingt, zu immer extremeren Mitteln der Verteidigung zu greifen, und auf diese Weise immer mächtigere Mittel des Angriffes ausarbeitet.“

Die Richtigkeit dieses Satzes in bezug auf das eben geschilderte Streben der kapitalistischen Regierungen nach dem zuverlässigen Heer ist geradezu überraschend. Denn was sind solche Maßnahmen wie die Selbstbewaffnung der Bourgeoisie in der Form von besonderen reinen Klassenarmeen, die Schaffung von Söldnerheeren womöglich aus reaktionären und indifferenten, lumpenproletarischen Elementen anders als verzweifelte Maßnahmen zur Schaffung „einer festen und geschlossenen Konterrevolution“? Eine solche Konzentration der Kräfte der Konterrevolution ist, historisch gesehen, ein Ausdruck der Schwäche, eine charakteristische Erscheinung der Niedergangsperiode des Kapitalismus. Deshalb gibt sie auch keinen Grund zum Pessimismus. Aber in der aktuellen Phase des praktischen Kampfes ist sie als eine ernste, gefährliche Erscheinung zu betrachten und zu bekämpfen. Es kommt darauf an, die praktischen Formen dieser Bekämpfung zu suchen und zu finden.

Für jedes Manöver gibt es ein Konter-Manöver.

K. S.:

DIE ENTWICKLUNG DER MILITÄRFRAGE UND DIE STELLUNG DES MARXISMUS - LENINISMUS*

Die grundlegende Lehre, die Marx aus den Erfahrungen der Kommune für die Stellung des Proletariats zur Militärfrage zog, lautete: **Ab-schaffung des stehenden Heeres**. In diesem Satz ist unmittelbar die Konsequenz aus den Ergebnissen der Pariser Kommune für die Stellung des Proletariats zum Staate gezogen: das Zerschneiden des Staatsapparates bedeutet in der Militärfrage die Abschaffung, die Auflösung des stehenden Heeres des Bourgeoisstaates. Hier zeigt sich der entscheidende Unterschied zwischen dieser Stellung zur Frage der Armee und der früher besprochenen Stellung von 1848 und 1865 in Preußen. „**Ersatzung durch das bewaffnete Volk**“, diese Parole ist nicht etwa die der „**allgemeinen Volksbewaffnung**“ von 1848. Die Volksbewaffnungsparole 1848 war eine unmittelbare revolutionäre Maßnahme der bürgerlichen Revolution im Kampfe gegen den Absolutismus. Die Ersetzung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk in der Kommune war wohl **praktisch ebenfalls eine unmittelbare revolutionäre Maßregel wie jene**. Aber erstens eine Maßregel des Proletariats im Kampfe gegen die **Bourgeoisie**, zweitens eine Maßnahme nach Eroberung der Macht durch das Proletariat, und **drittens** setzte diese Maßnahme das **bewaffnete Volk an die Stelle des Heeres**, sie setzte dessen Zerschlagung voraus, was Marx und Engels weder 1848, noch später gefordert hatten. In diesen drei Punkten faßt sich der grundlegende Unterschied zwischen dieser Maßnahme in der Kommune und der revolutionär-demokratischen Parole von 1848 zusammen. Und wenn sie auch bloß eine unmittelbare Maßnahme der Revolution war, so hat sie doch, wie alle anderen Maßnahmen der Kommune zur Ersetzung des zerstörten bürgerlichen Staatsapparates durch einen neuen proletarischen Apparat, schon das Absterben des Staates überhaupt angekündigt. Marx stellt hier nicht die Frage, ob sich diese Maßnahme im Falle eines Sieges der Revolution nicht nur für die Stadt Paris, sondern auch für ganz Frankreich in dieser Form hätte verwirklichen lassen. Marx konstatiert einfach die Ersetzung des alten stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk, er spricht sich nicht über die nationale Heeresorganisation des kommenden proletarischen Staates aus. Der entscheidende Punkt ist die Abschaffung des bürgerlichen stehenden Heeres, seine Zerschlagung und Ersetzung durch die Bewaffnung des Volkes, d. h. des Proletariats und seiner unmittelbaren Verbündeten.

* Siehe Nr. 25, 26 und 32 unserer Zeitschrift. Aus technischen Gründen bringen wir den Schluß erst heute. Er hat besondere Aktualität im Hinblick auf die verlogene „Abrüstungskampagne“ der Sozialdemokratie, die zum Teil versucht, ihren banalen bürgerlichen Pazifismus mit der Stellung Friedrich Engels' von 1893 zu maskieren. D. Red.

In dieser Form aber ist das Ergebnis der Pariser Kommune in der Militärfrage auch zum Ausgangspunkt derselben Stellung des Marxismus in allen anderen Ländern Europas geworden. Die berühmten Worte von Marx in seinem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871, daß das Zerschlagen der bürokratisch-militärischen Maschinerie „die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“ sei, hat zugleich auch die Verallgemeinerung der Stellung dieser Frage in Frankreich auf die anderen entscheidenden Großstaaten Europas ausgedrückt. Die Epoche der national-revolutionären Kriege war mit dem Kriege 1870/71 zu Ende. Sowohl Deutschland als auch Italien hatten ihre nationale Einigung erkämpft, hier wie dort wurde der Staatsapparat, wenn er auch noch nicht tatsächlich in der Hand der Bourgeoisie war, vollkommen in ihrem Interesse gehandhabt. Von einer national-revolutionären Rolle der Bourgeoisie konnte in den entscheidenden Ländern Europas keine Rede mehr sein. Daher verliert die Parole der Demokratisierung der Armee aus den fünfziger und sechziger Jahren ihre Geltung. Der entscheidende Gesichtspunkt in der Militärfrage wird für Marx und Engels nun auch in den übrigen Staaten Europas das „Zerschlagen der bürokratisch-militärischen Maschinerie“. Und die Forderungen in der Richtung der Demokratisierung der Armee, die natürlich keineswegs gestrichen werden, sondern vielmehr in der täglichen Agitation noch den Hauptplatz einnehmen, rücken an die zweite Stelle, erhalten einen völlig veränderten Sinn, d. h. sie werden nur Voraussetzungen dieses Zerschlagens. Inwieweit diese Stellung von der II. Internationale richtig durchgeführt und inwieweit sie vergessen wurde, werden wir noch sehen.

e) Friedrich Engels zur Frage der Abrüstung und der Miliz im Jahre 1893

Bevor wir zur Stellung der II. Internationale übergehen, muß die Stellungnahme von Friedrich Engels zur Frage der Miliz und Abrüstung im März 1893 (in einer Artikelserie im Berliner „Vorwärts“, die dann als Broschüre in Nürnberg erschienen ist) noch kurz besprochen werden. Obwohl diese Stellungnahme schon zur Zeit der II. Internationale erfolgte und mit ihrer Haltung in enger Verbindung steht, wollen wir sie dennoch hier besprechen. Mit gutem Grund: es ist zu verschiedenen Zeiten versucht worden, diese Stellungnahme von Engels in seinen letzten Lebensjahren (ähnlich wie seine Einleitung zu den „Klassenkämpfen“) im Sinne des Revisionismus, d. h. also hier, der späteren reformistischen Militärpolitik der II. Internationale, auszubeuten. So hat Kautsky im Jahre 1912 in der „Neuen Zeit“ die Äußerung von Engels im Sinne seiner eigenen, damals begonnenen Abrüstungspolitik gedeutet, andererseits hat die Polemik dagegen (Lensch) die wirkliche Stellung von Engels verwischt. Franz Mehring hat schließlich (in seinen Artikeln über „Miliz und stehendes Heer“ in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1913) Engels wegen der Art, in der er die Milizfrage gestellt hat, eines „schweren Fehlers“ bezichtigt. Kurz, es handelt sich hier um eine umstrittene Frage, deren Lösung bis jetzt noch fehlt, aber für die Stellung des Marxismus zur Militärfrage (speziell die Stellung der II. Internationale) wichtig ist. Wir behandeln diese letzte

Stellungnahme Engels zur Militärfrage im Zusammenhang mit allen seinen früheren Stellungnahmen, um zu zeigen, daß sie v o l l k o m m e n aus den grundsätzlichen Voraussetzungen der marxistischen Stellung zur Militärfrage folgt.

Die Engelsschen Artikel tragen den Titel „Kann Europa abrüsten?“ und wurden anlässlich eines der seit Jahrzehnten sich immer wiederholenden Konflikte der nationalliberalen und „fortschrittlichen“ Bourgeoisie in Deutschland mit der halbabsolutistischen feudalen Regierung über die Militärfrage geschrieben. Sie knüpfen an die Empörung der Bourgeoisie u n d der breiten Volksmassen über die ständig wachsenden Militärlasten an und legen dar, daß eine „Abrüstung“ nur in einem Punkt möglich wäre: durch Verkürzung der Dienstzeit. Da aber ein Staat allein diesen Schritt aus Angst vor dem anderen nicht tun werde, sei ein internationales Abkommen zur Verkürzung der Dienstzeit notwendig und die deutsche Bourgeoisie hätte eine gute Gelegenheit, mit einem solchen Vorschlage an die anderen Staaten heranzutreten. In der Einleitung sagt Engels selbst über seine Schrift:

„Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grade, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruinieren oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz.

Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Ich gehe also von dieser Lage aus, und schlage einstweilen nur solche Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit annehmen kann. Ich suche nun festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmählichen Abschaffung der stehenden Heere absolut nichts im Wege steht und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrechterhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Wort die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußeren, wie gegen den inneren Feind.“

Soweit Engels selbst.

Seine Artikel von 1893 werfen z w e i Fragen auf. E r s t e n s die Frage der Abrüstung. War es richtig, damals diese Frage zu stellen, ja sogar, wie es Engels im ersten Artikel tut, zu beweisen, daß die Abrüstung (freilich so, wie sie Engels versteht) keine „Torheit“ ist? War dies nicht in der Tat schon ein Einschlagen des Weges, auf den später die II. Internationale gekommen ist? Wir können diese Frage, so interessant sie ist, hier n i c h t ausführlich erörtern und weisen nur auf zwei Tatsachen hin: erstens, daß Engels die Frage nicht im reaktionären Sinne einer technischen Abrüstung verstanden hat, zweitens aber, daß damals die internationale Lage — für eine kurze Zeit — tatsächlich die reale Möglichkeit einer solchen Ueber-einkunft der Staaten bot.

Die Epoche des Imperialismus hatte noch nicht begonnen. Noch war der moderne kapitalistische Imperialismus, d. h. die Kapitalausfuhr, die Kolonialpolitik, die Aufteilung der Welt, nicht der e n t s c h e i d e n d e Grund des militärischen Rüstens in Europa, sondern es waren dies n o c h Probleme, die teils dem in einen imperialistischen Krieg umgeschlagenen letzten Nationalkrieg 1870/71, teils der „feudal-imperialistischen“ Politik des russischen Zarismus entsprangen. In seinem wenige Jahre vorher (1890)

geschriebenen Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums“ („Neue Zeit“, 8. Jahrgang, S. 201) stellt Engels diese internationale Lage folgendermaßen dar:

„Die heutige europäische Lage wird beherrscht von drei Tatsachen: 1. der Annexion von Elsaß-Lothringen an Deutschland, 2. dem Drang des zaristischen Rußlands nach Konstantinopel, 3. dem in allen Ländern immer heißer entbrennenden Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. . . .

Die ersten beiden bedingen die heutige Gruppierung Europas in zwei große Heereslager. Die deutsche Annexion macht Frankreich zum Bundesgenossen von Rußland gegen Deutschland, die zarische Bedrohung Konstantinopels macht Oesterreich, selbst Italien, zum Bundesgenossen Deutschlands. Beide Lager rüsten für einen Entscheidungskampf, für einen Krieg, wie die Welt noch keinen gesehen. . . .“

Dies war die charakteristische Lage in Europa, die sich nach 1870/71, in jener Uebergangsperiode von der Epoche der nationalen Kriege zur Epoche des Imperialismus, herausgebildet hatte. Rußland war — wie im ganzen 19. Jahrhundert — noch der Angelpunkt der internationalen Politik, der Hort der Reaktion. Die westeuropäischen Staaten verkörperten Rußland gegenüber nicht mehr die Revolution (wie nach 1848) —, diese verkörperte das westeuropäische, speziell das deutsche Proletariat. In Rußland selbst war nach dem Krimkrieg und der „Bauernbefreiung“ eine revolutionäre Bewegung entstanden: daher war Engels' Losung nicht mehr die alte Parole des europäischen Krieges gegen Rußland. Im Gegenteil, Engels wollte mit allen Mitteln den Frieden erhalten, um dem Zaren das Spiel zu durchkreuzen, mittels eines Krieges nach außen, Nationalrummel usw. die Bewegung im Innern zu ersticken. Dennoch war Rußland noch immer die Stütze der gesamten europäischen Reaktion. Speziell der deutschen Arbeiterbewegung, der Vorhut des internationalen Proletariats, drohte bei einem vereinigten Krieg von Rußland und Frankreich gegen Deutschland die Vernichtung. Rußland aber wollte den Krieg, der Zar hetzte Frankreich gegen Deutschland usw., denn nur durch einen Krieg konnte er die innere Revolution loswerden. Engels' Ziel war damals die Erhaltung des Friedens.

Von diesen Tatsachen aus gelangte er zu seinem „Abrüstungsvorschlag“, der nicht etwa die kapitalistischen Gegensätze aussöhnen wollte (in der Art des heutigen Abrüstungsschwindsels der Sozialdemokratie), sondern bloß einen Ausgleich in der Dauer der Militärdienstzeit zwischen den westeuropäischen Ländern, speziell Frankreichs und Deutschlands, u n t e r A u s s c h a l t u n g des reaktionären russischen Einflusses bezweckte.

Wenn aber die Situation damals die objektiven Grundlagen für einen solchen Vorschlag bot, so war es dennoch nur eine sehr kurze Spanne Zeit, in der er tatsächlich realisierbar war und nach deren Verstreichen er notwendig f a l s c h werden mußte. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt hatte der Kampf aller europäischen Staaten um die Aufteilung Afrikas begonnen, die Kolonialpolitik wurde mehr und mehr zu einem bestimmenden Faktor der europäischen Situation. Und wenn sie Engels in seiner Analyse von 1893, ohne eine wesentliche Unterlassung zu begehen, nicht angeführt hat, so mußte ihr Uebersehen schon wenige Jahre darauf zu entscheidenden Fehlern führen. Der Engelssche Vorschlag galt nur für eine ganz bestimmte Zeit, die bald nach seinem Erscheinen vorbei war. Wir können hier auf die Abrüstungsfrage nicht eingehen, wollen aber bemerken, daß die ortho-

dox-marxistische Stellung zur Abrüstungsfrage keineswegs in bloßen revolutionären Phrasen besteht und daß die Engelssche Broschüre wertvolle Fingerzeige für eine dialektische Anwendung unseres Standpunktes, vor allem von seiten eines proletarischen Staates, gibt*.

Die zweite Frage, die die Engelsschen Artikel von 1893 stellen (und das ist die Frage, die uns hier speziell interessiert), ist die Frage der Miliz. Hat Engels damals etwa seine Stellung, daß die wirkliche Miliz erst im Sozialismus möglich sei, aufgegeben oder hat er gar angenommen, das heutige Militärsystem nähere sich dem Milizsystem bzw. werde von selbst in das vollkommene Milizsystem übergehen, etwa in der Art, wie sich die Reformisten das Absterben des Staates vorstellen? Hat Engels etwa dabei die Revolution „vergessen“? In den Debatten in der II. Internationale, vor allem in der zwischen Kautsky und Schippel im Jahre 1898, wurden verschiedene Auslegungen der Engelsschen Stellung von 1893 gegeben, die in dieser Richtung lagen (interessanterweise besonders von Kautsky). Hat hier Engels einen ähnlichen „Fehler“ gemacht wie in seiner Einleitung zu den „Klassenkämpfen“? 1913 hat ihm Mehring ungefähr dies vorgeworfen. Aber nichts dergleichen trifft zu**. Schon die Tatsache, daß Engels diese Umwandlung des stehenden Heeres in die „Miliz“ „schon jetzt“, für die „heutige Regierung“ und unter der „heutigen politischen Lage“ für möglich hält, zeigt, daß es sich bei diesem Vorschlag in keinem Falle um die wirkliche Miliz handeln kann, die erst im sozialistischen Gemeinwesen, nach der Beseitigung der Klassen, in der letzten Uebergangsperiode zum Kommunismus möglich sein wird. Zum Ueberfluß aber hat Engels an einer anderen Stelle ausdrücklich von der sozialistischen Miliz als vom „unverfälschten“ Milizsystem gesprochen. Engels unterscheidet also zwischen dem unverfälschten, d. h. wirklichen Milizsystem in der bereits erwähnten Uebergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus und den „verfälschten“ Milizsystemen, die auch in der modernen bürgerlichen Klassengesellschaft möglich sind. Deren Möglichkeit zu leugnen, ist aber Engels nie eingefallen, denn damit hätte er Tatsachen leugnen müssen. Was Engels mit der „Unmöglichkeit“ des Milizsystem in der Klassengesellschaft meinte, ist: erstens, daß ein völliges Zusammen-

* Diese vor einigen Monaten geschriebene Bemerkung kann heute im Hinblick auf das Auftreten der Sowjetdelegation auf der Sitzung der Genfer Vorbereitenden Abrüstungskommission konkreter formuliert werden. Der Renegat Urbahns hat im Deutschen Reichstag unter dem Beifall der Sozialdemokratie erklärt, daß die Deklaration der Sowjetregierung zur Abrüstungsfrage „mit Marxismus nichts zu tun habe“. Und Engels' Manöver von 1893? Aber freilich zwischen 1893 und 1927 besteht ein großer Unterschied: der Abrüstungsvorschlag von 1893 war ein letzter Versuch zur Ausnützung der bürgerlichen Opposition vor Anbruch der Epoche des Imperialismus —, der Abrüstungsvorschlag von 1927 ist die Proklamation eines Endziels des Sozialismus durch den ersten proletarischen Staat im Kampfe gegen den durch den ersten Weltkrieg schwer erschütterten Imperialismus. Der Kampf der Ultralinken in dieser Frage gegen die Sowjetregierung unterscheidet sich durch nichts von dem entsprechenden Kampf der Sozialdemokraten.

** Mit einer Ausnahme: wir können natürlich nicht behaupten, daß nicht der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie auch an dieser Schrift von Engels wie in der bloß zwei Jahre später geschriebenen „Einleitung“ gewisse Streichungen bzw. Fälschungen vorgenommen hat. Ausgeschlossen ist es nicht, doch macht die Erklärung des vorliegenden Textes diese Annahme nicht nötig.

fallen von Arbeiterorganisation (und politischer Organisation) mit der Militärorganisation in der Klassengesellschaft unmöglich, daher die existierenden Milizen „verfälscht“ (bloß Kaderheere mit kleinen Kadern) sind; zweitens aber, daß die existierenden Milizen gegenüber einem durch Drill „künstlich“ disziplinierten „stehenden Heer“ militärisch minderwertig (dies zeigt Engels z. B. anläßlich des amerikanischen Bürgerkrieges, Briefwechsel IV, S. 12) bzw. nur zu speziellen Aufgaben geeignet sind.

Wenn also in der Arbeit von 1893 Engels von der Möglichkeit der Miliz in der heutigen Gesellschaft spricht, so meint er selbstverständlich ein mehr oder weniger „verfälschtes“ Milizsystem, d. h. ein Milizsystem in der Art, wie sie ja in einer Reihe von Staaten (Schweiz, Amerika) seit Jahrzehnten bestanden. Wir schreiben ausdrücklich „mehr oder weniger“ und „in der Art“. Denn Engels geht in seinem Vorschlag viel weiter als alle damaligen Milizsysteme, er verwarft sich ausdrücklich dagegen, daß man seinen Vorschlag mit den bestehenden Milizen gleichsetze:

„Indem ich die gymnastische und militärische Ausbildung der gesamten männlichen Jugend zu einer wesentlichen Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden Miliz, z. B. der schweizerischen, ausdrücklich aus.“ (S. 4 f.)

Engels hat sich hier also auch nicht den Fehler zuschulden kommen lassen, den Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms (1875) der deutschen Sozialdemokratie vorwarf, daß sie mit ihrer Forderung der „Volkswehr“ bloß die „alte weltbekannte demokratische Litanei“ wiederhole. Marx schrieb damals über diese Forderungen des Wahlrechts, der Volkswehr usw.:

„Es sind lauter Forderungen, die, soweit sie nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb des „Rahmens“ des deutschen Reichs existierender.“ (Gothaer Programmbrief, Leipzig 1922, S. 32.)

Engels ist mit seiner Milizforderung von 1893 kein „Echo der bürgerlichen Volkspartei“ (die damals die Milizforderung übrigens schon fallen gelassen hatte), er geht im Interesse der breiten Massen des Proletariats entschieden über sie hinaus, indem er die (bürgerliche) Demokratie durch die Forderung der zweijährigen Dienstzeit und der militärischen Jugendausbildung auf die Spitze treibt. Andererseits begeht er aber auch nicht den Fehler, diese Forderungen schon für Attribute des „Zukunftsstaates“ zu halten.

„Ich habe nachzuweisen versucht, daß die zweijährige Dienstzeit schon jetzt für alle Waffengattungen durchführbar ist. Ich habe aber gleich von vornherein gesagt, daß es nicht bei zwei Jahren bleiben soll. Es handelt sich vielmehr darum, daß der Antrag auf internationale zweijährige Dienstzeit nur der erste Schritt sein soll zu einer allmählichen weiteren Herabsetzung der Dienstzeitjahre zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und ein Winter — dann ein Jahr — dann . . . ? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.“ (Ebendort.)

Schippel, der deutsche Reformist, hat in der erwähnten Debatte mit Kautsky (1898/99) mit diesem Zitat gegen die sozialdemokratische Miliz-

forderung operiert, indem er meinte, Engels selbst habe ja die Miliz nicht ernst genommen, sondern sie in den „Zukunftsstaat“ verwiesen. Soweit dies die sozialdemokratische Minimalforderung betraf, war dies natürlich eine bewußte Verdrehung. Mit Bezug auf das „unverfälschte Milizsystem“ aber war diese Auslegung weit richtiger als die seines „orthodoxen“ Gegners Kautsky. Dieser hat das Zitat nämlich ganz unsinnig so ausgelegt, als ob Engels gesagt hätte, „bei einjähriger Dienstzeit fängt die Miliz an“, d. h. als ob die Verkürzung der Dienstzeit bzw. andere derartige Reformen eine schrittweise, schön reformistische Entwicklung zur sozialistischen Miliz und zum „Zukunftsstaat“ gestalten würden. Und dies nach Engels eigenen Worten! Aber Engels hatte nicht gesagt, „hier fängt die Miliz an“, sondern „hier fängt der Zukunftsstaat an“, d. h. er hat ganz klar für jeden, der deutsch versteht, gesagt, daß dieses unverfälschte Milizsystem nur im Zukunftsstaat, d. h. durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden wird. Es lag für Engels damals kein Anlaß vor, ausdrücklich über die Revolution als den einzigen Uebergang zu diesem Staat zu sprechen, ja sicher war er aus Legalitätsgründen der Schrift selbst und der Partei genötigt, darüber zu schweigen, ebenso, wie er sich genötigt sah, die blödsinnige, damals in Deutschland übliche Terminologie „Zukunftsstaat“ usw. zu gebrauchen.

Das Neue an der Engelsschen Broschüre ist aber nicht die Unterscheidung zwischen unverfälschtem und verfälschtem Milizsystem, denn diese Unterscheidung war ja durch die Tatsachen längst gegeben, sondern der Umstand, daß die Forderung nach einem, wenn auch von den bestehenden unterschiedenen, aber doch „verfälschten“ Milizsystem, von ihm als Forderung der revolutionären Arbeiterpartei aufgestellt wird. Wir wissen, daß er derlei Forderungen der bürgerlichen Vulgärdemokratie 1848 und später stets höhnisch abgelehnt hatte. Wieso kam es, daß er diese Parole jetzt akzeptierte? Diese Tatsache erklärt sich nicht daraus, daß, wie Kautsky in einem seiner Artikel gegen Schippel 1898 behauptet hat, 1865 die Frage „zwei- oder dreijährige Dienstpflicht?“, 1893 aber die Frage „stehendes Heer oder Miliz?“ auf der Tagesordnung stand. Die Gründe waren: Erstens hatte sich bei Engels die Stellung zur Militärfrage entsprechend der veränderten Stellung zur Frage des Staates nach der Kommune (siehe oben) geändert. Der entscheidende Gesichtspunkt war die „Sprengung der Armeen von innen“, nicht mehr ihre Demokratisierung im Interesse der bürgerlichen Revolution. Daher konnte Engels jetzt — anders als früher — die militärische Schlagkraft der Armeen gleichgültig sein. Er dachte nicht daran, sie etwa im Interesse der demokratischen Revolution zu aktivieren. Er konnte daher wohl eine Milizorganisation vorschlagen, die militärisch minderwertig oder nur zu ganz begrenzten Aufgaben geeignet war. Die damalige Milizforderung von Engels trägt schon den Keim des Defaitismus in sich. Wenn er dennoch noch nicht grundsätzlich den vollkommnen Defaitismus vertritt, dann nur im Hinblick auf die oben geschilderte internationale Lage, die es dem Proletariat (vor allem Deutschlands) damals noch gebot, außer in gewissen Ausnahmen das bürgerliche Vaterland zu verteidigen (während es heute um-

gekehrt nur in gewissen sehr seltenen Ausnahmen dies darf, z. B. Deutschland 1923). Engels hat in der Milizorganisation in der Art der Schweizer ein militärisches Instrument gesehen, das im wesentlichen bloß zur Verteidigung, und zwar zur Verteidigung gegen den äußeren Feind geeignet ist. Und der Schlußsatz in seinem oben gebrachten Zitat aus dem Vorwort der Broschüre von 1893 zeigt v o l l k o m m e n k l a r, daß Engels in seinem damaligen Vorschlag den Zweck verfolgte, die Bourgeoisie eben in ihren Phrasen der Vaterlandsverteidigung zu entlarven, zu beweisen, daß die stehenden Heere vor allem Kampfmittel „gegen den inneren Feind“ sind. Gerade diesen Satz aber hat Kautsky in seinen Zitaten anlässlich der Polemik gegen Schippel ausgelassen. Er hat ebenfalls den Satz ausgelassen, in dem Engels davon spricht, daß er „einstweilen nur“ (von Engels gesperrt. K. S.) Mittel vorschläge, die „jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit annehmen kann“. Dieser Satz beweist, daß Engels es sich damals schon vorbehielt, zu offen defaitistischen Parolen zu greifen. Kautsky hat dies unterschlagen. Wir werden später sehen, daß damals schon System in diesem Verschweigen lag.

Man könnte als weiteren Erklärungsgrund des Engelsschen Milizvorschlages von 1893 noch anführen, daß die Fortschritte der Technik im allgemeinen und der militärischen im besonderen, die Verbesserung des Soldatenmaterials (Industriearbeiter als Hauptkontingent) in der Tat auch innerhalb der Klassengesellschaft die Verwirklichung gewisser Annäherungen an die Milizorganisation für einen Großstaat möglich gemacht hatte. Doch diese Untersuchung würde zu weit führen.

Als wichtigsten Erklärungsgrund des damaligen Engelsschen Milizvorschlages, der ja ein Vorschlag an die Bourgeoisie, ja sogar an die „heutigen Regierungen“ war, wollen wir nur noch die unmittelbare politische Situation in Deutschland, d. h. den unmittelbaren politischen Anlaß, der ihn hervorrief, anführen. Die deutsche Bourgeoisie herrschte in der Ära Bismarcks (dessen Entlassung damals erst einige Jahre zurücklag) bloß im Parlament, der Staatsapparat aber befand sich, auch wenn er in ihrem Interesse funktionierte, noch ganz in den Händen des preußischen Junkertums. Und das Parlament war politisch machtlos. Daher kam es gerade bei den Militärforderungen der Regierung immer wieder zu Konflikten mit dem Reichstag, die von der deutschen Bourgeoisie zwar nur in der ihr eigenen kläglichen Art ausgetragen wurden, der damaligen Sozialdemokratie aber immerhin den geeigneten Anlaß boten, im Interesse der Arbeiterklasse vorzustoßen, die national-liberale und fortschrittliche Bourgeoisie teils vorwärtszutreiben, teils (und meistens) zu entlarven. Der Konflikt von 1893 war der letzte dieser Art Konflikte. Der Reichstag lehnte die Militärvorlage Caprivi ab und wurde aufgelöst. Seit dieser Zeit setzte sich in der deutschen Bourgeoisie die imperialistische Politik restlos durch und im Laufe einiger Jahre erschien ihr eigener ehemaliger liberaler Antimilitarismus nunmehr wie eine längst überwundene Kinderkrankheit. Es war also gerade dieser letzte Abschnitt des historischen Konflikts zwischen Liberalismus und Absolutismus, für den der damalige Engelssche Milizvorschlag berechnet war. Mit dem Ende dieser historischen Situation

war auch der Milizvorschlag in dieser Form unrichtig geworden. Engels freilich hat nicht mehr Gelegenheit gehabt, dies selbst zu konstatieren. Jedenfalls aber bedeutet seine Stellung von 1893 in dieser Form nicht den Anfang einer neuen Periode in der Stellung des Marxismus zur Militärfrage, sondern das Ende einer alten. Dies verkannt oder absichtlich verwischt zu haben, ist eine der Hauptsünden der Theoretiker der II. Internationale in diesem Punkt.

Ueber die Frage der Miliz ist von Engels bloß eine spätere Äußerung veröffentlicht, nämlich eine Antwort auf eine Anfrage Kautskys über das Milizwesen. Engels schreibt („Neue Zeit“ 1895, II. Band, Seite 645):

„Ueber Miliz und stehendes Heer ließe sich ein Langes und Breites schreiben. Wenn Frankreich und Deutschland übereinkämen, ihre Armeen allmählich in Milizheere mit gleich langer Uebungszeit zu verwandeln, so wäre die Sache fertig. Rußland kann man machen lassen, was es will, und Oesterreich und Italien folgen mit Wollust. Aber wegen der inneren Verhältnisse können Frankreich und Deutschland sich das nicht leisten und wenn sie das könnten, so geht's wegen Elsaß-Lothringen nicht. Und daran scheitert die ganze Milizgeschichte. . . .“

Man weiß nicht (Kautsky teilt es nicht mit), wie die Frage lautete, d. h. ob sie sich auf jenen Vorschlag von 1893 bezog, und was Engels weiter dazu schrieb. Aber auf jeden Fall zeigt Engels' Antwort eine völlig nebensächliche, ja fast verächtliche Behandlung dieser Frage, ein Beweis mehr dafür, daß er unter dieser Art Miliz keineswegs die Verwirklichung der Miliz unter der proletarischen Diktatur verstand.

Die Besprechung der Broschüre von 1893 aber hat uns eigentlich schon mitten hineingeführt in die Stellung der II. Internationale zur Militärfrage. Diese soll in einem besonderen Artikel behandelt werden.

CH. WURM:

DIE REPARATIONSPOLITIK DER DEUTSCHEN BOURGEOISIE UND DIE ARBEITERKLASSE

Durch den Brief Parker Gilberts an die deutsche Reichsregierung ist das Reparationsproblem wieder einmal in den Mittelpunkt der deutschen Politik gerückt worden. Wir wiesen schon in der „Kommunistischen Internationale“ vom 5. Juli 1927 darauf hin, daß sich innerhalb der deutschen Bourgeoisie eine verschärfte Offensive gegen die „Erfüllungspolitik“ bemerkbar mache. Zweifelsohne ist die deutsche Bourgeoisie auch im gegenwärtigen Moment im Kampfe gegen den Dawes-Plan noch nicht einheitlich. Es machte sich im Gegenteil eine differenzierte Stellungnahme bemerkbar, die mehr oder weniger den spezifischen Interessen der verschiedenen Gruppen der deutschen Bourgeoisie entspricht. Diejenigen Gruppen, die das Handelskapital charakterisieren, sind für eine Politik der weisen Vorsicht, während die Schwerindustrie aggressivere Methoden vorschlägt. Im Grunde unter-

scheiden sich beide Gruppen nur in der Frage des Termins, wobei die Handelsbourgeoisie für ein vorsichtiges Abwarten eintritt. Diese gleiche taktisch differenzierte Beurteilung ist auch im Lager der Reichsregierung zu verspüren, nicht nur in der unterschiedenen Beurteilung der „Erfüllungspolitik“ zwischen der Leitung der Reichsbank und der Reichsregierung, nein, diese Differenzen zeigen sich auch im Lager der Regierung selbst.

So machte bereits im Februar dieses Jahres der Reichsfinanzminister Köhler in einer Rede die Bemerkung, daß er keine Vorstellung davon habe, wie Deutschland die Reparationslasten aufbringen könne. Die Presse der Schwerindustrie, bzw. die „Theoretiker“ der Schwerindustrie stießen in das gleiche Horn. Sie wiesen nach, daß schon bis heute die Erfüllungspolitik vollkommen auf den ausländischen Anleihen basiere, so daß im Grunde genommen die ausländische Bourgeoisie die deutschen Reparationen selbst bezahle. Dabei wurde auch das Transferproblem einbezogen und darauf hingewiesen, daß durch die Auslandsanleihen die Transferpolitik des Agenten direkt erleichtert werde. In Konsequenz dieser Rolle der Auslandsanleihen schrieb die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“ vom 18. Juni 1927:

„Vor allem sollte die Hereinnahme kurzfristiger Kredite, mit deren Benützung die Transferierungen in der letzten Zeit hauptsächlich erfolgt sind, so viel wie möglich eingeschränkt werden.“

Noch weiter geht der „Berliner Börsen-Courier“ vom 18. Juni 1927 in seinen Schlußfolgerungen. Dort heißt es:

„Unwillkürlich erhebt sich unter solchen Umständen die Frage, ob es nicht besser wäre, auf die Borgkonjunktur zu verzichten, weil dann die wirkliche Situation unmittelbar vor Augen treten würde.“

Daß trotz allem Schein diese Argumente auf der Oberfläche ruhen und vulgärer Natur sind, das eigentliche Problem nicht berühren, läßt sich in wenigen Strichen nachweisen. Trotzdem finden wir auch in der „Roten Fahne“ vom 1. September in einem Artikel über die Dawes-Tribute folgende Stelle:

„Der Verlauf der drei Dawesjahre hat gezeigt, daß nicht nur die Leistung der ersten Jahre aus Anleihen, also auf Pump erfolgt ist, sondern auch, daß in dem zweiten und dritten Jahr der wesentliche Teil der Leistungen mittels Auslandsanleihen durchgeführt worden ist. Diese Formulierung ist nicht exakt; man darf nicht von einer Bezahlung der ausländischen Anleihen reden, sondern von einer Transferierung mit Hilfe dieser Anleihen.“

Das Problem der Transferierung löst jedoch nicht das Problem der Quelle der Reparationssummen. Alle diese Summen müssen und werden durch eine gewaltige Massenbesteuerung aufgebracht. Es besteht nun im Augenblick die Tatsache, daß für Verbrauchsabgaben und Zölle über 8,4 Milliarden jährlich einkommen, also fast das Doppelte der zu zahlenden Summe im sogenannten Normaljahre. Was also das verpfändete Budget anbelangt, so werden hier, gleichbleibende Umstände vorausgesetzt, keine Schwierigkeiten eintreten.

Wir haben aber schon früher festgestellt, daß diese Tribute, wie alle wesentlichen Einnahmen, die im Etat fungieren, von den breiten Massen aufgebracht werden. Zum Beweise dafür seien folgende Zahlen angeführt:

Reichseinnahmen im Vergleich mit dem Voranschlag

	April-September 1927		April-September 1926	
	Aufkommen	Voranschlag	Voranschlag	Aufkommen
	(in Millionen Mark)			
Gesamt	4115,4	3875	3359,6	3584,1
Massenbelastung	2650,9	2385	2236,1	2750,7
davon				
Lohnsteuer	640,7	550	530,5	749,7
Umsatzsteuer	371,8	450	430,5	799,3
Beförderungssteuer	181,1	162,5	159,2	174,0
Zölle	628,0	445	414,1	259,6
Verbrauchssteuern	825,3	777,5	710,0	726,9
Besitzbelastung	1464,5	1490	1123,5	924,4
davon				
Einkommensteuer	610,9	710	507,3	380,9
Körperschaftsteuer	239,6	200	197,8	93,7
Vermögenssteuer	200,0	235	116,3	83,7
Erbschaftsteuer	33,1	50	12,0	14,8

Aus diesen Zahlen läßt sich ersehen, daß in der Zeit vom April bis September 1927 bei den Massensteuern (Steuerabzug vom Lohn, Zölle und Verbrauchsabgaben) rund 400 Millionen mehr einkamen, als im Voranschlag vorgesehen war. Man könnte sagen, daß dies in einer Zeit guter Konjunktur war, doch müßte sich diese Tatsache auch bei den Besitzsteuern auswirken. Doch was sehen wir da? Da sind beispielsweise bei der Erbschaftsteuer in diesem Jahr nur 33 Millionen eingegangen. Doch darüber hinaus sehen wir, daß die Bourgeoisie eine weitere Senkung der Besitzsteuern aufs schärfste von der Regierung fordert und sie hat auf diesem Gebiete bereits ernstliche Erfolge zu verzeichnen. So wurde 1926 der Bourgeoisie eine Vierteljahresrente der Vermögenssteuer erlassen. Weiter wurde von der Regierung bei den Gemeinden und Ländern eine Senkung der Grund- und Gewerbesteuer propagiert. Schließlich wird eine Senkung der Einkommensteuer für die höchsten Einkommen und eine Besteuerung des steuerfreien Lohn Einkommens durch die Gemeinden vorbereitet.

Und hier ist auch der Punkt, an dem der Dawes-Plan für die deutsche Arbeiterklasse seine aktuelle Bedeutung erhält. Wie die Erfüllungspolitik in Zukunft vor sich gehen soll, davon hat die „Kölnische Zeitung“ ein eindrucksvolles Bild entworfen. Sie schreibt in ihrer Nummer vom 13. September 1927:

„Es ist erforderlich, dem In- und Ausland klar zu sagen, daß es nach Lage der Dinge nur zwei Quellen für die Aufbringung der Entschädigungssummen in Deutschland gibt: 1. die Einsparung der Ausgaben in der öffentlichen Wirtschaft, die aber zweifellos nur einen Teil der Summen decken könnte, die in den nächsten Jahren aufzubringen sind; 2. das reale Einkommen der breiten Massen und besonders der Arbeiterschaft. Eine andere Quelle von praktischer Bedeutung gibt es nicht. Insbesondere ist der Konsum der Kapitalistenklasse keine solche Quelle.“

Schließlich heißt es in dem Artikel weiter:

„Tatsächlich haben wir heute für die breiten Massen in Deutschland einen Lebensstandard erreicht, der verhältnismäßig befriedigend genannt werden kann.“

Und um das Maß voll zu machen, heißt es in dem Artikel in bezug auf die gegenwärtigen Lohnkämpfe:

„Das Vogel-Strauß-Spiel, das augenblicklich die Gewerkschaften in dieser Beziehung spielen, könnte allzu leicht bei einer Zuspitzung der Entschädigungsfrage eine fatale

Wendung nehmen, derart, daß die Arbeiterschaft eine falsche Front einnimmt und statt nach außen ihre Verteidigung nach innen insbesondere gegen die in diesem Falle unschuldigen Kapitalisten kehren würden.“

Das ist zweifellos eine deutliche Sprache eines maßgebenden deutschen Unternehmerorgans, das mit aller Schärfe und Brutalität dem deutschen Arbeiter klar macht, auf welche Weise die deutsche Bourgeoisie die „Erfüllungspolitik“ durchzuführen gedenkt. Es ist zweifellos auch weiterhin zu erwarten, daß die deutsche Bourgeoisie einen gewissen Kampf um die Entschädigungssumme führen wird, aus der Erkenntnis heraus, daß selbst bei einer Revision des Dawes-Planes sich diese Rückwirkungen nur zu ihren Gunsten äußern würden. Die Belastung der deutschen Arbeiterklasse und der gesamten verbrauchenden Massen würde selbst nach einer Revision des Vertrages keine neue Richtung annehmen.

Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist es für die deutsche Arbeiterklasse von Interesse, die letzte Polemik zwischen dem Reparationsagenten Parker Gilbert und der Reichsregierung zu beurteilen. Zunächst ist hier außerordentlich lehrreich, daß sich die deutsche Regierung, bzw. der Finanzminister dieses Schreiben Parker Gilberts selbst bestellt hatte.

Der Reparationsagent tritt hier in den Dienst der Interessen der deutschen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse, und zwar in zweierlei Richtung: sowohl was die Arbeiterklasse als Lohnempfänger anbelangt, wie als Konsumenten. Die geringfügigen Lohnerhöhungen, die die Arbeiterschaft dank der Konjunktur im letzten Jahre erkämpft hat, sind natürlich der Bourgeoisie längst ein Dorn im Auge und sie muß den Kreis ihrer Mittel erweitern, um den Druck auf die Arbeiterklasse zu erhöhen. Hier wird zunächst der Reparationsagent scharf gemacht. Diese Politik wurde selbst der „Frankfurter Zeitung“ zu dumm, die am 2. 9. über diese Art politischen Vorgehens folgendes bemerkte: Jene Kreise

„betonen in einem manchmal schon geradezu hysterischen Pessimismus (um in der Nebenwirkung damit gleichzeitig auch Argumente gegen Lohnerhöhungswünsche der Arbeiterschaft zu gewinnen) nur die dunklen Punkte in dem deutschen Gesamtbilde, während sie die hellen verschweigen oder verneinen.“

Gerade die Frage der Lohnerhöhung ist es, was die maßgebende Unternehmerpresse auch sehr geschickt jetzt bei dem Brief Parker Gilberts hervorhob. Selbst der „Vorwärts“ sah sich veranlaßt, diesen Zusammenhang aufzudecken. Er schreibt am 22. Oktober:

„Daß die Stellung des Reparationsagenten nicht unbeeinflußt von den Interessen des Unternehmertums erfolgt ist, dafür erleben wir gerade in dieser Stunde den schlagenden Beweis. Am Tage, nachdem der Reparationsagent seinen Bericht dem Finanzministerium übergeben hat, nämlich am Freitag, faßten Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie folgende EntschlieÙung: „Der Reichsverband verkennt nicht die Notwendigkeit einer durchaus angemessenen Besoldung der gesamten Beamtenschaft, insbesondere auch derjenigen Beamtenkategorien, die durch eine langjährige Berufsausbildung große wirtschaftliche Opfer bringen mußten. . . . Das erst jüngst bekanntgewordene Gesamtausmaß, der durch die Regierungsvorlage bedingten Aufwendungen gibt jedoch vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft zu den größten Bedenken Anlaß, weil die etatmäßige Deckung ohne schwere Erschütterungen nicht möglich erscheint.“

Hier ist schon sehr deutlich das ausgedrückt, was auch der Reparationsagent auf Grund seiner Kritik an der Finanzgebarung der deutschen

Regierung macht. Sehr demagogisch weiß sofort die deutsche „Bergwerkszeitung“ diesen Punkt auszunutzen. Sie schreibt am 26. Oktober:

„Nun, der Reparationsagent hat dafür Sorge getragen, daß die deutsche Beamten-schaft heute weiß, wer der Erhöhung der Gehälter Bedenken in den Weg legt. Die Beamtenbesoldung bildet nur einen Ausschnitt. Schließlich ist es die ungeheuerliche Ueberlastung mit Steuern und sozialen Abgaben, die in Deutschland eine hinreichende Kapitalbildung verhindert und den Anlaß zu den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt.“

Diese Auslassungen deuten schon jetzt die Richtung an, in der die deutsche Bourgeoisie die politischen Auseinandersetzungen bei den kommenden Reichstagswahlen zu führen gedenkt. Hier wird man sehr geschickt operieren, damit, daß wohl die Bürgerblockregierung die Absicht hätte, den verschiedenen Gruppen der deutschen Arbeiterklasse zu helfen, daß sie aber in diesem Vorhaben vom Reparationsagenten gehindert wurde. Andererseits läßt aber dieses Gebaren auch keine Unklarheit über die weitere Finanzpolitik der Bürgerblockregierung. Einmal wird die Massenbelastung, wie wir schon früher betonten, weiter gesteigert werden. Gleichzeitig aber werden auch die Angriffe auf die soziale Gesetzgebung, trotzdem sie nur außerordentlich geringfügig ist, in aller Schärfe erfolgen. Auch dies hat der bekannte Industrielle Vögler in seiner Rede auf dem letzten Eisenhüttag angedeutet, wo er erklärte:

„Wenn ein Volk unfrei ist, wie wir, so wird es sich eine neue Zukunft nur durch Mehrarbeit errichten können. Die Arbeitsfreude muß das erste Staatsideal werden... Wenn durch Arbeitsgesetze unproduktive Wirtschaftspolitik getrieben wird, so müssen die Folgen sich einstellen.“

Dieses Unternehmerdeutsch in einfaches Deutsch übersetzt, bedeutet Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung jeder sozialen Gesetzgebung und Druck mit allen Mitteln auf die Arbeiterklasse. Doch noch in einer weiteren Richtung werden die Angriffe der deutschen Regierung erfolgen. Der Reparationsagent hat in seinem Briefe an die Reichsregierung nicht grundsätzlich gegen Auslandsanleihen Stellung genommen. Er betonte im Gegenteil, Auslandsanleihen, soweit sie dem privaten Unternehmertum zur Verfügung gestellt werden, seien notwendig. Die er aber nicht billige, das seien die Anleihen, die den Gemeinden und Ländern für unproduktive Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Das zeigt sein enges Zusammenwirken mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht. Der Reparationsagent ist zweifelsohne klug genug, um zu wissen, daß nicht jede Anleihe, die eine Gemeinde auflegt, unbedingt zu unproduktiven Zwecken erfolgt. Wenn er trotzdem diese Bemerkung macht, so hat dies seine Gründe. Das deutsche Finanzkapital sieht in der Politik verschiedener Gemeinden eine gewisse Gefahr, die seine Ausbeutungsinteressen beeinflußt. Hier handelt es sich vor allem um die sogenannten öffentlichen Unternehmungen, um die Staats- und Gemeindebetriebe, wie Elektrizitäts- und Gaswerke, Verkehrsunternehmen u. a. Die Bourgeoisie hat hierfür das Wort von der kalten Sozialisierung geprägt. Es ist selbstverständlich, daß diese Unternehmungen mit sozialistischen Maßnahmen nichts gemein haben. Es ist weiter selbstverständlich, daß diese Unternehmen nicht einmal einen gemeinnützigen Charakter haben, daß sie allüberall Ueberschußbetriebe sind, also eine besondere Form der Massenbesteuerung, meistens zum Zwecke der Steuererleichterungen für die Bourgeoisie darstellen. Aber immerhin, die Tatsache, daß die Bourgeoisie nicht

die unmittelbare Verfügungsgewalt über eine Reihe von diesen Unternehmen hat, ist ihr Anlaß genug, um den Kampf gegen diese Unternehmen aufzunehmen. Wir sehen also hier eine klare Absicht, die darauf abzielt, die Selbständigkeit der Gemeinden, soweit sie noch vorhanden ist, vollkommen zu beseitigen und sie in vollkommener Abhängigkeit von der Politik der Reichsregierung zu bringen.

Der deutsche Führer im Kampfe gegen die öffentlichen Unternehmungen ist der Reichsbankpräsident Schacht. Der Reichsbankpräsident, hinter dem das gesamte schwerindustrielle Kapital steht, die Vöglers, Duisburg, Siemens und Konsorten, und dessen Reichsbankpolitik diesen Interessen vollkommen gerecht wird, hat zweifelsohne bereits einen Sieg errungen. Die Schaffung einer Beratungsstelle und die Festlegung von Richtlinien, die für die Auslandsanleihen von Ländern und Gemeinden gelten und die die Drosselung dieser Anleihen zum Ziele haben, sind Ausdruck dieses Sieges. Die Rechte, die sich dadurch die Reichsregierung und der Reichsbankpräsident geschaffen haben, führen faktisch zur Aufhebung der letzten Reste eines „Selbstbestimmungsrechtes“ der Gemeinden und Länder in ihrer Finanzpolitik. Und dabei ist das Interessante, daß jede öffentliche Kritik an den Entscheidungen der Instanzen verboten wurde. Uebrigens auch ein lehrreiches Beispiel über den tatsächlichen Inhalt der bürgerlichen Demokratie.

Was man aber schließlich mit diesen Maßnahmen bezweckt, kann nicht unklar sein. Man spekuliert durch eine Anleihe Sperre für die Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten, die schließlich zur Aufgabe von Werken führen können, die sich im gemeindlichen Eigentum befinden. Es ist eine mit allen Mitteln des staatlichen Machtapparates geführte Kampagne des Monopolkapitals, an deren Ende die Uebnahme der Werke der öffentlichen Hand steht. Das Elektro- und Zechen-Kapital hat schon von langer Hand diese Arbeit vorbereitet. Auch hier hat das Finanzkapital seine Praxis, und es wäre nicht zum erstenmal, daß es Gemeindebetriebe und öffentliche Werke, aufgebaut aus den Steuereingängen, zu Schleuderpreisen geschluckt hatte. So spielt die Politik des Dawes-Planes auch direkt in die Politik und Tätigkeit der Gemeinden hinein und fordert auch hier unsere Aufmerksamkeit.

Wir sehen somit im Gesamten ein geschicktes System von Verlogenheit, niedriger Hetze und Demagogie, das die deutsche Bourgeoisie in den Dienst ihrer innenpolitischen Interessen stellt. Hier ist es nun die besondere Aufgabe der Kommunistischen Partei, in die Hintergründe dieser Politik hineinzuleuchten. Doch darüber hinaus gilt es, die Steuerpolitik des Bürgerblocks klarzulegen, wodurch sehr gut der Nachweis geführt werden kann, daß die Frage des Dawes-Planes immer mehr zu einem bedeutenden Faktor der Innenpolitik des Bürgerblockes wird. Schließlich handelt es sich noch darum, der gesamten Steuerpolitik des Bürgerblockes ein umfassendes Programm einer Besitzbelastung entgegenzustellen und den schärfsten Kampf gegen die direkte und indirekte Massenbelastung zu führen. In dem Maße, in dem die Partei den Massen ein klares Bild von der „Arbeiterpolitik“ der Bürgerblockregierung gibt, in dem Maße, in dem es ihr gelingt, auch dem

letzten Arbeiter den Sinn der Politik des Bürgerblockes klar zu machen und diesem Block die Larve vom Gesicht zu reißen, schafft sie die Voraussetzungen für einen umfassenden Kampf zum Sturze dieser Bürgerblockregierung.

A. STIRNER :

ZUR LAGE IN MEXIKO

In der Beurteilung der mexikanischen Frage gibt es jetzt bei vielen Genossen eine „chinesische Tendenz“, die in der mechanischen Uebertragung der in China gemachten Erfahrungen auf die in Mexiko angewandte und anzuwendende Taktik besteht. Besonders kraß kam dies auf dem Juli-Plenum der mexikanischen Parteizentrale zum Ausdruck, wo von einigen Genossen die Umwandlung des Arbeiter- und Bauernblocks in eine mexikanische Kuomintangpartei gefordert wurde. Andererseits wird der Partei der Vorwurf gemacht, sie hätte es nicht verstanden, „die Agrarrevolution zu entwickeln“ und „für die Hegemonie des Proletariats zu kämpfen“.

Bei einem nur allgemeinen, oberflächlichen Vergleich der mexikanischen mit der chinesischen Revolution wird man keine wesentlichen Unterschiede finden. Die Grundtendenz ist dieselbe: der Kampf gegen die Ueberreste des Feudalstaates und gegen die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals. Hier wie dort ist der eigentliche Träger der Revolution die große landlose und landarme Bauernmasse, und hier wie dort ist die politische Führung vorwiegend in den Händen der kleinbürgerlichen Intelligenz. Grundverschieden sind jedoch erstens das Tempo der Revolution, zweitens die Position und das Kräfteverhältnis der einzelnen Klassen zu einander und drittens die Proportionen, in denen sich der Kampf abspielt.

Der Kampf des Proletariats um die Hegemonie ist in den zurückgebliebenen Agrarländern, wo die örtliche Zersplitterung und die politische Unreife der Bauernmasse zur Durchführung der proletarischen Politik ein verzweigtes Netz revolutionärer (kommunistischer) Stütz- und Verbindungspunkte erfordert, besonders schwer. Nicht umsonst hat Genosse Lenin gerade auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. In seiner Rede zur Kolonialfrage auf dem zweiten Kongreß der Komintern sagte er:

„Es wäre eine Utopie, zu denken, daß proletarische Parteien, soweit ihr Entstehen hier überhaupt möglich ist, in diesen rückständigen Ländern kommunistische Politik machen könnten, ohne zu der Bauernbewegung ein bestimmtes Verhältnis zu haben, ohne sie durch die Tat zu unterstützen.“

Die Erfahrungen in Mexiko beweisen die Richtigkeit dieses Satzes. Es ist tatsächlich „eine Utopie, zu denken“, die mexikanische Partei könne irgendeine führende Rolle oder überhaupt eine Rolle in der Revolution spielen, ohne „ein bestimmtes Verhältnis zur Bauernbewegung“ zu haben, und solange sie nicht imstande ist, diese Bewegung „durch die Tat zu unterstützen“. Was heißt das? Daß die Partei nicht nur über die „Entwicklung der Agrarrevolution“ und über „die Hegemonie des Proletariats“

schwätzen, sondern daß sie die Agrarrevolution organisieren soll. Die Partei muß innerhalb der Bauernbewegung selbst eine planmäßige, systematische, disziplinierte und vorwärtstreibende Kraft schaffen. Sie muß die Transmissionsbänder herstellen, welche die revolutionären Forderungen des städtischen und industriellen Proletariats mit den Forderungen der landlosen und landarmen Bauern verbinden und ihre Klasseninteressen verknüpfen. Sie muß in die Gewerkschaften, in die Bauernbünde, in die zahlreichen Arbeiter- und Bauernparteien, in die führenden Organe der Agrarkommunen und Bauernwehren und der Genossenschaften eindringen, sie muß sich dort festsetzen, sich „breit machen“, das Kleinbürgertum aus seiner führenden Stellung hinausdrängen, das Vertrauen der Massen gewinnen und selbst die Führung der Revolution in die Hand nehmen. Der Kampf um die Hegemonie in Mexiko ist der Kampf in einem zurückgebliebenen Agrarlande, wo die Revolution nicht im Sturmschritt vorwärtsschreitet, sondern sich als langsamer, qualvoller Prozeß entwickelt. Die mexikanische Revolution ist kein einheitlicher, konzentrierter Versuch, die Feudalordnung über den Haufen zu werfen, sie ist eine Summe von „Revolutionen“ und Konterrevolutionen, von Regierungsumstürzen und Militärrevolten, von Bauernaufständen und Arbeiterkämpfen, unterbrochen durch längere und kürzere Atempausen, während welcher das Proletariat den Kampf für die Durchführung der Agrarreform und der Arbeitsgesetzgebung in legaler Form weiterführt. Heute ist der Kampf der nationalen, liberalen Kleinbourgeoisie nicht mehr ein Kampf für den Sturz einer reaktionären Regierung, sondern ein Kampf für die Erhaltung, die Verteidigung und den Ausbau der eigenen, bereits eroberten kleinbürgerlichen Regierungsmacht.

Ohne eine gewisse ökonomische Grundlage wäre es aber der Kleinbourgeoisie unmöglich, sich am Ruder zu halten. Diese Grundlage besteht und sie wird von einem Teil der Agrarkommunen und Einzelbauern, die von der Regierung Land und Kredite erhielten, und von einer wachsenden Schicht „progressiver Grundbesitzer“, bestehend aus Militärs und höheren Beamten, die sich während der Revolutionsjahre Grundbesitz aneigneten, gebildet. So gering und unansehnlich die ökonomischen Kräfte dieser Schichten auch sind, in Verbindung mit ihrem politischen und organisatorischen Einflusse bilden sie eine nicht zu verachtende Grundlage.

Die politische Vorherrschaft des Kleinbürgertums wird durch das Fehlen einer auch nur verhältnismäßig starken nationalen Bourgeoisie ermöglicht. Seit 1910 ist die Zahl der industriellen Großbetriebe gleich geblieben. Die Beteiligung des mexikanischen Kapitals in der Petroleumindustrie, in der über 70 Prozent des in Mexiko investierten Kapitals angelegt sind, beträgt bloß 2 Prozent, in der Bergwerkindustrie 15 Prozent und in der Textilindustrie etwas über 10 Prozent. Nur in der Landwirtschaft ist das mexikanische Kapital mit über 60 Prozent beteiligt. Die neue nationale Bourgeoisie ist eine Agrarbourgeoisie, die zwischen der ökonomischen Macht des ausländischen Kapitals, der politischen Vorherrschaft des Kleinbürgertums und den eigenen Interessen hin und her schwankt. Ihr zeitweiliges Zusammengehen mit dem Kleinbürgertum ist aus dem besonderen Charakter des in Mexiko investierten Kapitals zu erklären. Der weitaus größte Prozentsatz dieses Kapitals ist in Petroleum- und Minenfeldern und in Eisenbahnen angelegt und daran interessiert, die Entwicklung einer nationalen Fabrik-

industrie und die Industrialisierung der Landwirtschaft zu verhindern, um sich Mexiko als Absatzgebiet und als Lieferant billiger Arbeitskräfte zu erhalten.

In China schuf die rasche Entwicklung des Kapitalismus eine nationale Bourgeoisie, die im ersten Stadium der Revolution einen wirklichen Kampf gegen das ausländische Kapital führte. Aber sofort nach dem Uebergang der Bourgeoisie ins Lager der Imperialisten begann auch der Prozeß der Differenzierung zwischen dem Kleinbürgertum und dem Proletariat. Damit stellte die Geschichte den Kampf des Proletariats um die Hegemonie unmittelbar auf die Tagesordnung.

In Mexiko trieb nicht die nationale Industriebourgeoisie zur Revolution, sondern das durch den amerikanischen Imperialismus unterstützte bäuerliche Kleinbürgertum, dessen Kampf gegen die Feudalordnung der konservativen Regierung zugleich ein Kampf gegen den Einfluß des englischen Kapitals ist. Seit dem Beginn der Revolution, seit 1910, ist die Führung in den Händen der Kleinbourgeoisie, während die nationale Industriebourgeoisie stets eine Interessengemeinschaft mit dem ausländischen Kapital aufrecht erhielt.

Die Angriffe der Reaktion und des ausländischen Kapitals gegen die Bodenreform, gegen die Nationalisierung der Petroleumschätze und gegen die Arbeitsgesetzgebung helfen dem Kleinbürgertum, seine führende Rolle dem Proletariat gegenüber zu befestigen. Das Kleinbürgertum hat es verstanden, durch eine revolutionär aufgemachte Gesetzgebung den Kampf der Arbeiter und Bauern in legale Formen zu zwingen. Dies und die relative Schwäche des Industrieproletariats, das teilweise noch halbbäuerliche Züge besitzt, ferner seine jahrelange Bearbeitung durch anarchistische und anarcho-syndikalistische Theorien bei einer rein reformistischen Praxis, erschwerten den Aufbau kommunistischer Gewerkschafts- und Parteiorganisationen.

Aus der eigenartigen, sehr komplizierten ökonomischen und politischen Rolle des mexikanischen Kleinbürgertums ergeben sich die Schwierigkeiten für die Kommunistische Partei.

Die Taktik der Partei

Der Kampf gegen den Imperialismus, die Zerstörung der unter den Arbeitern und Bauern vorhandenen Illusionen über die Verwirklichung des Sozialismus durch das Kleinbürgertum und der Aufbau einer kommunistischen Massenpartei sind die Aufgaben, die heute vor der Kommunistischen Partei Mexikos stehen und ihre Politik gegenüber dem Kleinbürgertum sowie ihre Taktik in der Gewerkschaftsfrage und in der Agrarfrage bestimmen. Zugleich muß die Partei die Verbindung mit den Massen aufrechterhalten. Das ist jetzt die Zentralfrage. Ohne die Schaffung einer soliden Basis in den Gewerkschaften und in den Bauernorganisationen bleibt alle Arbeit umsonst. Die Mehrheit der mexikanischen Arbeiter und Bauern ist organisiert und steht unter der Führung und unter dem Einfluß der Reformisten und des Kleinbürgertums. Die Partei muß diese Massen, ihren besten Teil, für sich gewinnen. Ohne sie kann sie weder ihre Politik in die Wirklichkeit umsetzen, noch einen ernsthaften Kampf für die Hegemonie des Proletariats führen.

Die Taktik der Einheitsfront öffnete der Partei im Kampfe gegen die Reaktion und gegen den Imperialismus den Weg zu den Massen. In der Agrarfrage kämpfte sie gegen die zögernde und schwankende Politik der Kleinbourgeoisie, in der Gewerkschaftsfrage gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft seitens der reformistischen Führer. Die Einheitsfronttaktik dient der Partei als Sprungbrett zu den Massen, als ein Mittel, Vertrauen der Massen zu gewinnen, als eine Waffe gegen den Opportunismus und gegen den Verrat der reformistischen Führer.

Seit ihrer Gründung, im Jahre 1919 bis zu ihrem 4. Kongreß im Frühjahr 1926 segelte die Partei im Fahrwasser der Anarchosyndikalisten. Sie übersah die Rolle der nationalen Kleinbourgeoisie im Kampfe gegen die Ueberreste des Feudalstaates und die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals; sie unterschätzte den Einfluß der Reformisten und war gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Sie verwandelte die Taktik der Einheitsfront in eine Karrikatur, in eine planlose Hetze gegen die reformistischen und anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsführer. Dabei fehlte es der Partei nicht etwa an Aktivität.

Im Gegenteil. 1920 gründete sie die CGT, die damals über 60 000 Mitglieder zählte, 1922 organisierten die Kommunisten die Mieterbewegung, die in der Hauptstadt 30 000, in Veracruz über 50 000 Personen vereinigte. 1924 gründeten Mitglieder der Partei die erste große Bauernorganisation im Staate von Veracruz, aus der 1926 der Nationale Bauernbund hervorging, der heute 350 000 Mitglieder zählt. 1925 wurde die Antiimperialistische Liga gegründet, die heute in allen zentral- und südamerikanischen Ländern Sektionen besitzt. Trotz dieser fieberhaften Tätigkeit kam die Partei nicht vorwärts. Warum? Weil sie vor lauter Bäumen nicht den Wald sah; weil sie alles, Grundbesitzer, Bourgeoisie, Kleinbürger und Reformisten, in denselben Topf warf. Es fehlte der Partei an einer allgemeinen politischen Linie und sie verstand es nicht, ihren politischen Einfluß organisatorisch auszunützen.

Die letzten Parteitage im Frühjahr 1926 und im April 1927 rissen die Partei aus diesem Zustande heraus. Die Diskussionen über die Rolle der Kleinbourgeoisie, über die Bedeutung der Agrarbewegung, über die Frage: Massenpartei oder Sekte, über die Taktik in der Gewerkschaftsfrage und über die Taktik der Einheitsfront, rüttelten die ganze Partei auf und gaben der Zentrale einen neuen Kurs.

Der 5. Kongreß der Partei tagte während der Offensive der Reaktion und des ausländischen Kapitals gegen die Regierung der Kleinbourgeoisie. Die reaktionären Generäle bereiteten den Umsturz vor, um die Wiederwahl des früheren Präsidenten Obregon zu verhindern. Damit wurde die Frage der Wahlen zu einer Frage des Kampfes für oder gegen die Reaktion. Noch nie hat es in Mexiko demokratische Regierungswahlen gegeben. Jede Wahl eines neuen Präsidenten ist mit einem bewaffneten Kampfe zwischen dem Kleinbürgertum und der Reaktion, zwischen den Bauern und den Grundbesitzern, zwischen der Regierung und dem ausländischen Kapital verbunden.

Wenn der Bauer Waffen braucht, hat er keine Zeit, Wahlprogramme zu lesen. Die weißen Banden der Reaktion sind flink mit dem Hängen, und gehängt zu werden ist kein Vergnügen. Das hat auch die Kleinbourgeoisie

begriffen, und sie hat einen Teil der Bauern bewaffnet, nicht um dem Bauer das Gehängtwerden zu ersparen, sondern um sich selbst, um ihre eigene, kleinbürgerliche Regierungsmacht zu schützen. Deshalb spielt die Kleinbourgeoisie heute noch im Kampfe gegen Reaktion, Kirche und Imperialismus eine objektiv revolutionäre Rolle und deshalb unterstützen die Kommunisten die Kleinbourgeoisie, nicht „um eine gute Politik mit den Generälen zu führen“, wie ein Genosse aus den Vereinigten Staaten in einem Briefe an die Jugendinternationale schreibt, sondern um die Rückkehr der Reaktion zur Macht und die Errichtung einer konservativen Militärregierung zu verhindern, um die so notwendige Verbindung mit den Massen zu erhalten, um in die Gewerkschaften, in die Arbeiter- und Bauernorganisationen einzudringen und um dort durch die Losung der Bewaffnung, durch die Aufstellung revolutionärer Forderungen in der Agrarfrage und in der Frage der Löhne und der Arbeitszeit, um im Kampfe für eine wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung die Revolution vorwärtszutreiben.

Die Partei muß sich aber hüten, einzelne Episoden des Kampfes zu überschätzen und den Bruch mit dem Kleinbürgertum in einem Momente zu torcieren, wo das Kräfteverhältnis nicht nur ungünstig, sondern ganz gegen die Partei gerichtet ist. Die Mehrheit der ausländischen Genossen, die sich mit unseren Fragen beschäftigen, haben die letzten Ereignisse in Mexiko überschätzt; unwillkürlich übertrugen sie auf sie das Tempo und die Proportionen der chinesischen Revolution und verzerrten dadurch das wirkliche Bild der Kämpfe in Mexiko. Die mexikanische Partei schätzte die Lage richtig ein, als sie darauf hinwies, daß es der Regierung, die sich auf die bewaffneten Organisationen der Bauern stützt, ohne große Schwierigkeiten gelingen werde, die Reaktion niederzuschlagen. Der Aufstand, der am 2. Oktober ausbrach, war bereits 14 Tage später erdrückt und seine Anführer wurden erschossen. Noch nie stand die gesamte Arbeiterschaft und das ganze Bauerntum so entschlossen hinter der kleinbürgerlichen Regierung wie heute. Das beweist nicht die Rückständigkeit der Massen, sondern ihr stärkeres Klassenbewußtsein, denn man muß wissen, daß während der früheren konterrevolutionären Aufstände und noch während der Unruhen im April 1927 ein Teil der Arbeiter- und Bauernbevölkerung auf der Seite der reaktionären Generäle gegen die Kleinbourgeoisie stand.

Heute ist sich die Masse bewußt, daß der Kampf gegen die Reaktion zugleich ein Kampf gegen den Imperialismus ist, denn sie spürt die Macht des ausländischen Kapitals am eigenen Leibe. Ein offener, rücksichtsloser Bruch mit der Kleinbourgeoisie bedeutet heute einen Bruch mit den Massen.

Ende Oktober dieses Jahres zählte die Kommunistische Partei 600 Mitglieder und die Auflage ihres Zentralorgans 9000 Exemplare. Diese Auflage ist in einem zurückgebliebenen Agrarlande, wo 75 Prozent der Einwohner des Lesens unkundig sind, kein schlechter Erfolg. Daß die Steigerung der Vertriebes von 3000 Exemplaren auf 9000 während der letzten sechs Monate erreicht wurde, spricht nicht gerade gegen die Politik der Partei. Aber die Zeitung ist nicht das Entscheidende, die Zeitung kann man im Handumdrehen abwürgen und so das Sprachrohr der Partei, ihre Verbindung mit den Massen, zerschlagen. Die Partei muß sowohl ihrer

Zahl, als auch ihrer Ideologie nach, soweit dies unter den Verhältnissen in Mexiko möglich ist, eine wirkliche, kommunistische Massenpartei werden, denn mit 600 Kommunisten kann man weder „die Agrarrevolution entwickeln“, noch die Bourgeoisie schlagen, noch das Proletariat zum Siege führen.

A. SULTANSADE:

DER ZWEITE PARTEITAG DER KP DES IRAN

Unlängst ging in der Stadt Urmia der zweite Parteitag der Kommunistischen Partei des Iran zu Ende. Seit dem ersten Parteitag in Enseli sind sieben Jahre vergangen. Während dieser Zeit hat die Partei wiederholt revolutionäre Ereignisse erlebt und ihre Organisationen sind mehrmals zertrümmert worden. Auch die Parteipresse und die Gewerkschaften waren den schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Trotzdem ist es der persischen Reaktion nicht gelungen, unsere Partei zu liquidieren. Im Gegenteil, trotz aller Versuche der Regierung R i s a S c h a h ist sie lebensfähig geblieben, was durch den Parteitag bewiesen wurde. In den sieben Jahren hat die Partei viel gelernt, sie hat Erfahrungen des revolutionären Kampfes in einem zurückgebliebenen, halbkolonialen Lande gesammelt. Die Partei hat schwere Zeiten des Mißerfolges und der Zwistigkeiten durchgemacht, zum zweiten Parteitag aber stand sie wieder in geschlossenen Reihen da. Alle Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitages standen, wurden aufs eingehendste und ernsteste beraten. Diese Fragen betrafen:

1. Die internationale und die innere Lage Persiens.
2. Die nationale Frage.
3. Die Agrarfrage.
4. Die Organisationsfrage.
5. Den Aufbau der Gewerkschaften.
6. Das Programm der KP des Iran.
7. Den Aufbau der Genossenschaften.
8. Die Bestätigung des neuen Parteistatuts.
9. Die Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes.
10. Die Arbeit unter den Frauen.
11. Laufende Angelegenheiten.

Im Laufe von mehreren Tagen behandelte der Parteitag alle diese Fragen und nahm entsprechende Resolutionen an.

Vor sieben Jahren stand im Mittelpunkt des ersten Parteitages die Organisation des Kampfes gegen die englischen Imperialisten und gegen die Kadscharen-Dynastie. Auch heute ist diese Frage nicht minder aktuell. Allerdings haben die englischen Okkupationstruppen, die damals Persien besetzten, das Land längst verlassen. Außerdem sitzt auf dem Thron des „Kaisers der Kaiser“ an Stelle der Kadscharen eine andere Dynastie, die des Schahs Risa Pahlawi. Trotzdem bleibt der Kampf gegen den englischen Imperialismus nach wie vor die wichtigste Aufgabe.

Noch vor dem ersten Parteitag waren einige leichtgläubige Genossen der Meinung, daß bereits der Abzug der englischen Okkupationsarmee Persien neue Möglichkeiten eröffne, sich aus der Umklammerung des englischen Kapitals zu befreien und Risa Khan berufen sei, die Lage des selbständigen nationalen Persiens zu festigen. Die Befreiung Persiens wird objektiv dadurch erleichtert, daß an Stelle des russischen Zarismus, der auf den Zerfall Persiens hinarbeitete, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken getreten ist, die die persische nationale Freiheitsbewegung auf jede Weise fördert. Natürlich mußte Risa Khan — später Schah Risa — diese leichtgläubigen Genossen enttäuschen.

Ja noch mehr: es fanden sich „Kenner“, die den dynastischen Umsturz Risa Khans fast als eine bürgerliche Revolution bezeichneten. Sie behaupteten, daß der Schah Risa die Verkörperung der Hoffnungen der persischen Bourgeoisie sei, daß er mit ihrer Hilfe die Macht erlangt habe, trotz des angeblich heftigen Widerstandes der feudalen Grundherren.

Nach Kenntnisaufnahme des reichhaltigen Tatsachenmaterials zur Frage der „Befreier“-Rolle Risa Schahs sowie zur Frage des bürgerlichen Charakters des letzten dynastischen Umsturzes stellte der Parteitag fest, daß die Entfernung der englischen Truppen keineswegs eine Kapitulation Englands bedeutete, sondern nur eine Veränderung der Taktik der Engländer in Persien, daß Risa Schah, im Grunde genommen, keinen eigentlichen Kampf gegen die englischen Imperialisten und die feudalen Grundherren führt, sondern vielmehr die englische Politik in Persien fördert und das feudale Regime stärkt. Der vierte Punkt der vom Parteitag angenommenen Resolution zum Bericht über die internationale und die innere Lage besagt darum folgendes:

„Nachdem England sich von der Unmöglichkeit überzeugt hatte, Persien durch rohe Gewalt an sich zu reißen, entschloß es sich dazu, die Leitung des Landes — nach dem Beispiel Mesopotamiens und Aegyptens — seinen Strohmännern zu überlassen und durch sie zwar langsam aber sicher seine Hegemonie zu festigen. Das sollte durch den Umsturz Seyed Zia ed Dins (25. Februar 1921) bewerkstelligt werden. Als offener Englandfreund verlor jedoch Seyed Zia ed Din bald sein Ansehen und konnte daher die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen. Darum entschloß sich England, ihn durch seinen Mitstreiter Risa Khan zu ersetzen, einen Mann, der bis dahin fast gänzlich unbekannt war. Der englische Imperialismus, den die Kadscharen-Dynastie enttäuscht hatte, hob nunmehr Risa Khan auf den Schild, mit der Berechnung, Risa Khan werde die Interessen Englands in Persien, darunter auch die Unantastbarkeit der Kapitulationen, besser zu wahren wissen. Allein schon darum ist die Annahme, daß der Umsturz Risa Khans irgendeine neue Aera in der Geschichte des heutigen Persiens eröffnen könnte, ein Irrtum. Die Ansicht, daß der Umsturz Risa Khans den Sturz der Feudalherrschaft und die Uebernahme der Macht durch die Bourgeoisie bedeute, muß als durch und durch opportunistisch bezeichnet werden. Zwar versuchte Risa Khan tatsächlich, sich in seinem Kampf auf die nationale Bourgeoisie zu stützen, zwar heibäugelte er sogar mit den republikanischen Elementen und den proletarischen Klassenorganisationen, jedoch hielt sich der von ihm geführte Kampf immer im Rahmen der feudal-grundherrlichen Ordnung. Die Versprechungen und die Zugeständnisse, die Risa Khan der nationalen Bourgeoisie machte, um ihre Unterstützung im Kampf gegen die Kadscharen-Dynastie zu erlangen, hörten sofort auf, sobald die Machtfrage aufgeworfen wurde. Die Tatsache, daß Risa Khan bei seinem Umsturz von den Oberschichten der nationalen Bourgeoisie unterstützt wurde und daß diese Schichten ihm auch jetzt ihre Hilfe angedeihen lassen, zeugt keineswegs von dem bürgerlichen Charakter der heutigen Monarchie Risa Khans, sondern nur davon, daß es ihm gelungen ist, die Unterstützung des grundherrlich-monarchischen Regimes durch die Oberschichten der nationalen Bourgeoisie zu erlangen. Dies fiel

ihm um so leichter, als im letzten Jahrzehnt die handels- und wucherkapitalistischen Spitzen der persischen Bourgeoisie viel Kapital in den gutsherrlichen Grundbesitz investierten und die feudalen Privilegien sowie die politische Rechtlosigkeit der Bauern ausnützten, um höhere Profite, als es durch reine Handelsooperationen möglich gewesen wäre, zu erlangen. Die Oberschichten der persischen Bourgeoisie sind auf diese Weise selbst daran interessiert, daß der gutsherrliche Grundbesitz und das Regime der politischen Rechtlosigkeit, das die weitgehendste Ausbeutung der Bauernschaft ermöglicht, beibehalten werden. Wenn auch die Herrschaft Risa Khans gewisse Voraussetzungen für eine günstigere Entwicklung der nationalen Bourgeoisie geschaffen hat, so stärkt sie doch gleichzeitig die Ausbeutung der Bauernschaft durch die Grundherren und macht die wirtschaftliche und politische Lage der Bauern ganz unerträglich. Ebenso ist es vollkommen falsch, in dem Umsturz Risa Khans lediglich eine Palastrevolution zu sehen. Dieser Umsturz wurde vielmehr begleitet von einem erbitterten Kampf innerhalb der Feudalklasse selbst, ferner durch einen Kampf der herrschenden Grundbesitzerklasse gegen die Versuche der nationalen Bourgeoisie, auf die eine oder andere Weise mitzuregieren, und schließlich durch den Kampf der Feudalherren und der Oberschichten der Bourgeoisie gegen die revolutionären Bewegungen und revolutionären Organisationen.“

Auf diese Weise hat der Parteitag durch sein autoritatives Wort dem unfruchtbaren Streit über die nationalfreiheitliche Rolle des Schahs Risa Pahlawi und über den bürgerlichen Charakter seines Umsturzes ein Ende gemacht. Außerdem ist der Schah selber in kurzer Zeit durch Beraubung anderer zum größten Grundbesitzer des Landes geworden und hat dadurch seine Bande mit der feudalen Aristokratie noch fester geknüpft.

Die Ergreifung der Macht durch Risa Khan ließ die revolutionäre Gärung im Lande keineswegs zurückgehen. Im Gegenteil, eine noch stärkere Empörung erfaßte das ganze Land. Dabei spielte die Bauernschaft eine sehr aktive Rolle.

„Die Erfahrung, die die persische Bauernschaft in den letzten Jahren im Kampf um ihre Interessen gesammelt hat — heißt es in der Resolution — hat gezeigt, daß der einzige Weg, den dieser Kampf einschlagen kann, die Agrarrevolution ist. Diese Erfahrung hat auch noch folgendes gelehrt:

1. Damit die Agrarrevolution siegreich ist, genügt es nicht, daß die Bauern allein kämpfen, daß sie in ihren Dörfern die Macht ergreifen und den gutsherrlichen Grund und Boden in Besitz nehmen. Man muß auch die Städte beherrschen.

2. Die Eroberung der Macht in den Städten ist möglich vor allem mit Hilfe des revolutionären Teiles der Bevölkerung der persischen Städte — mit Hilfe der Arbeiter, Handwerker und der Kleinbourgeoisie. Die Arbeiter und die Handwerker haben den Bauern bei ihrem revolutionären Kampf nicht nur geholfen, sie haben der Bauernbewegung auch viele Organisatoren und politische Ideologen gestellt.

4. Eine weitere Vorbedingung einer erfolgreichen Agrarrevolution ist das Eindringen der revolutionären Idee in die Armee und der Uebergang der Truppen auf die Seite des aufständischen Volkes.“

Zur Frage der national-revolutionären Partei beschloß der Parteitag, daß diese Partei ein revolutionärer Block der Arbeiter, Bauern und der Kleinbourgeoisie sein muß. Ihren Kern müssen Organisationen bilden, in denen die Kommunistische Partei die ausschlaggebende Rolle spielt. Diese Partei darf die organisatorische und politische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei nicht beeinträchtigen und die freie Kritik der Partei an den Fehlern, die im revolutionären Kampf begangen werden, nicht schmälern.

Persien ist ein Land, das von vielen Nationen bewohnt wird. Innerhalb seiner Grenzen wohnen Kurden, Turkmenen, Araber, Türken, Armenier usw. Am brennendsten ist in Persien die Araber- und die Kurdenfrage. Sowohl

unter den Arabern als unter den Kurden wird von englischen Agenten eine breit angelegte Kampagne durchgeführt.

Die Araber wohnen hauptsächlich im Süden Persiens, in der Provinz Chusistan, die früher an Mesopotamien, das englische Mandatland, grenzte. Darum fordern die englischen Agenten die in Persien wohnenden Araber auf, sich den mesopotamischen Arabern anzuschließen. Auf diese Weise will England den persischen Arabistan an sich reißen. Außerdem sollen dadurch die Wege nach Indien sichergestellt werden. Für Persien aber bedeutet das den Verlust seiner südlichen Häfen.

Ungefähr dieselbe Agitation entfalten die Engländer auch unter den Kurden. Die Kurden wohnen teils auf persischem, teils auf türkischem Gebiet. Die Idee einer Vereinigung beider Teile Kurdistan zu einem einzigen Nationalstaat ist unter den Kurden sehr populär. Der englische Imperialismus nützt diesen Umstand aus, um den Chauvinismus der Kurden zu entfachen, und unterstützt ihren Kampf gegen die persische und die türkische Regierung. Die Engländer gehen darauf aus, einen selbständigen Kurdenstaat unter englischem Protektorat zu schaffen. Wenn dieser Plan gelingt, dann ist die Ausbeutung der mesopotamischen Oelfelder mehr gesichert, d. h. die Regierung des „freien“ Kurdistan wird dann eine genügende Rückendeckung bilden. Kommt die persische Regierung den englischen Zumutungen entgegen, so stellt England die Entfachung der nationalen Leidenschaften ein wenig ein. Sobald aber der „Kaiser der Kaiser“ England gegenüber irgendwie selbständig aufzutreten versucht, beginnen unter den Arabern, Kurden usw. Unruhen und Aufstände. Die englischen Imperialisten nützen auf diese Weise die nationale Frage in Persien aus, um die jetzige Regierung Persiens im Zaume zu halten.

Vor der KP des Iran steht die ernste Aufgabe, diesen äußerst wichtigen Trumpf aus den Händen Englands zu schlagen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Partei entschlossen den Leninschen Weg einschlägt. Der Parteitag beschloß, daß die Partei unentwegt die gemeinsame Lösung aller kommunistischen Parteien aufstellen muß, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur vollständigen Loslösung. Die Kommunistische Partei Irans muß versuchen, in alle bestehenden nationalen Organisationen einzudringen, wo es demokratische Arbeiter- und Bauernelemente gibt, und muß diese Elemente auf der Grundlage national-revolutionärer Forderungen organisieren.

Die Partei muß die werktätigen Massen über die wahren räuberischen Absichten der englischen Imperialisten aufklären, sie muß diesen Massen klarmachen, daß ohne die Abschaffung der bestehenden Ordnung die nationalen Minderheiten Persiens den breiten Weg der Entwicklung einer eigenen nationalen Kultur und nationaler Selbständigkeit nicht beschreiten können.

Persien ist ein Agrarland. Da es in Persien keine nationale Industrie gibt, hängt das Wohlergehen des Landes in der Hauptsache von dem Ausfall der Ernte und von der Ausfuhr industrieller Rohstoffe und landwirtschaftlicher Produkte ab. Der kleinste Mißerfolg in dieser Beziehung führt zum Ruin und zur Verelendung ganzer Bezirke. Während des Bürgerkrieges zum Beispiel, als die Ausfuhr nach Rußland aufhörte, setzte fast überall in Nordpersien ein vollständiger Zerfall des Gartenbaus sowie der Baumwoll- und der

Seidengewinnung usw. ein. In den kapitalistischen Ländern wurden durch die Entwicklung der Städte und der städtischen Industrie kolossale Ansprüche an die landwirtschaftliche Produktion des Dorfes gestellt, wodurch die Entstehung und Festigung eines nationalen Marktes gefördert wurde. In Persien wird der nationale Markt durch den Auslandsmarkt ersetzt, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark beeinträchtigt wird. Das verbrecherische Schalten und Walten des Schahs und seiner Agenten stärkte noch mehr diese Abhängigkeit vom Auslande und hielt das Wachstum des Wohlstandes des bäuerlichen Persiens künstlich auf. Darum ist es kein Wunder, daß der persische Bauer noch bis zum heutigen Tage ein elendes Hungerdasein führt. In vielen Bezirken blüht und gedeiht noch die Leibeigenschaft. Besonders verbreitet ist der *B e g a r* (Fronarbeit). Obwohl die Fronarbeit nach der Revolution von 1906 formell abgeschafft wurde, wird faktisch noch überall unentgeltliche Arbeit für den Großgrundbesitzer geleistet. Um diesen Zustand aufrechtzuerhalten, weigert sich die herrschende Feudalbande, die gewaltigen brachliegenden und für die Bebauung geeigneten staatlichen Ländereien den Bauern zu überlassen.

Infolge des ständigen Landhungers ist der Bauer außerstande, sogar die eigene Familie zu ernähren. Darum emigrieren jährlich tausende junger Bauern und suchen Arbeit in den industriellen Zentren Transkaukasiens oder in den Städten am Kaspischen Meer. Allein die verbrecherische Politik der herrschenden Klassen ist daran schuld, daß die persische Bauernschaft zum Lieferanten von Rohstoffen für die industriellen Zentren Europas und zum Käufer der teuren ausländischen Fabrikate geworden ist. Die Folge davon ist ständige Armut und Auswanderung der Bauernmassen.

Darum bezeichnet es der Parteitag als eine Aufgabe der Partei, mit allen Mitteln darauf hinzuarbeiten, daß eine weitgehende staatliche Unterstützung der Bauernwirtschaften durch Saatgut, Arbeitsvieh, Verteilung der brachliegenden staatlichen Ländereien, Kredite usw. organisiert wird, damit die Bauern einigermaßen bewahrt werden vor der Ausplünderung durch die Grundherren und die Wucherer. Gleichzeitig muß die Partei die Bauern darüber aufklären, daß unter der bestehenden Ordnung eine endgültige Lösung der Agrarfrage unmöglich ist, da der Schah, die Grundherren und die Geistlichkeit im Bunde mit dem englischen Imperialismus die Zustände im Dorfe bis zum letzten verteidigen. Im Interesse des Kampfes um den Grund und Boden müssen die Bauernmassen in Bündeln organisiert werden. Zum Mittelpunkt ihres Agrarprogramms muß die KP des Iran die Enteignung aller gutsherrlichen Ländereien zugunsten der Bauernschaft machen. Eine solche Enteignung kann nur durch die siegreiche Revolution der werktätigen Massen Persiens erreicht werden.

Ferner seien einige Worte über die Genossenschaften in Persien gesagt. Auf diesem Gebiete ist noch sehr wenig getan. Es bestehen lediglich Konsumgenossenschaften; Industrie- und landwirtschaftliche Genossenschaften gibt es nicht. In der Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen eine der wichtigsten Formen der öffentlichen Arbeit ist, beauftragte der Parteitag ^{da} eine neue Zentralkomitee, alles daranzusetzen, um die Leitung der bestehenden Genossenschaften zu erlangen und neue zu organisieren.

Für eine der wichtigsten Aufgaben der KP des Iran hielt der Parteitag den

Ausbau und die Festigung der bestehenden Konsumgenossenschaften, in erster Linie der in Teheran, Täbris und Rescht. Die Partei ist verpflichtet, mit dieser Arbeit die geeignetsten Genossen zu betrauen. Mit der Zeit müssen diese Konsumvereine zu Gebiets- bzw. Bezirkszentralen werden. Die Entfaltung der Arbeit muß in der Weise vor sich gehen, daß zunächst die Zentralstelle in der Stadt ausgebaut wird, indem man neben der bestehenden Verkaufsstelle eine Reihe neuer errichtet, und die am dichtesten bevölkerten Arbeiterviertel erfaßt. Erst danach soll man an die Arbeit im Dorfe gehen.

Die Arbeit im Dorfe muß in zwei Richtungen verlaufen. Einerseits müssen rote Hausierer ausgerüstet werden, die ihre Bezirke mit den notwendigen Waren versorgen. Andererseits muß die Dorfbevölkerung selber kooperiert werden. Sowohl die neueröffneten Verkaufsstellen im Dorfe als auch die Hausierer werden von der städtischen Zentrale versorgt. Die roten Hausierer müssen eine Art Agitatoren und Organisatoren der Genossenschaften im Dorfe sein.

Parallel zu der Festigung und der Zentralisation der Konsumgenossenschaften muß die Partei ernste Aufmerksamkeit richten auf die Organisation landwirtschaftlicher Genossenschaften, um den werktätigen Bauern den Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern und sie dadurch vor der Ausplünderung durch den Grundherren und den Wucherer zu schützen. Die Organisation und Zentralisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften muß auf dieselbe Weise vorgenommen werden wie die der Konsumgenossenschaften.

Industriegenossenschaften müssen in erster Linie in den Gebieten der Haus- und der Handwerkerindustrie gebildet werden, die für den großen Markt arbeiten, zum Beispiel in der Textil-, der Metallindustrie usw.

Man muß alle Maßnahmen treffen, um die neuen Industriegenossenschaften mit entsprechenden Maschinen zu versorgen, damit sie einigermaßen imstande sind, mit dem Auslande zu konkurrieren.

Analoge Resolutionen wurden auch zu allen anderen Fragen gefaßt. Der Parteitag beschäftigte sich eingehend mit dem Aufbau der Genossenschaften, der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes und der Arbeit unter den Frauen. Die Mehrheit unserer Gewerkschaften wurden durch die anglo-persische Reaktion zertrümmert. Die in Teheran, Rescht und anderen Städten bestehenden Gewerkschaften sind halb illegal und werden von der Regierung Risa Schahs bespitzelt. Der Parteitag beauftragte das neue Zentralkomitee, energische Maßnahmen zu treffen, um die Autorität der Gewerkschaften zu heben und die organisatorische Arbeit auf diesem Gebiete zu verstärken.

Ferner bestätigte der Parteitag das neue Statut der Partei und bildete eine Kommission zur Revidierung des Parteiprogramms.

Die Arbeit des Parteitages war auf diese Weise sehr ergiebig. Der Parteitag entschied eine Reihe wichtigster Fragen und legte die Linie für die neue Arbeit fest.

Als die wichtigste Kampflosung der Kommunistischen Partei des Iran in der nächsten Periode betrachtete der Parteitag die Losung der Abschaffung der Monarchie und ihrer Ersetzung durch eine revolutionäre Volksrepublik, die Persien folgendes sichern soll:

-
- a) Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten.
 - b) Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion.
 - c) Die führende Rolle der revolutionären Elemente im Staate.
 - d) Entschlossene und rücksichtslose Liquidierung aller Ueberreste des Feudalismus, in erster Linie die entschädigungslose Enteignung der gutherrlichen, staatlichen usw. Ländereien zugunsten der Bauern.
 - e) Die demokratischen Freiheiten.
 - f) Arbeitsgesetzgebung.
 - g) Bewaffung der revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Handwerkerorganisationen.
 - h) Eine revolutionäre Gesetzgebung, die alle Versuche der Konterrevolution, die alte Ordnung wiederherzustellen, mit drakonischen Strafen ahndet.
- Wenn der Sieg der Agrarrevolution in Persien unter der Führung der von der Komintern geleiteten KP des Iran und dank der Existenz der Sowjetunion errungen wird, dann sind für Persien die Voraussetzungen einer nichtkapitalistischen Entwicklung gegeben. Die Erreichung dieses Zieles wird unmenschliche Anstrengungen und schwere Opfer erfordern, trotzdem muß sich die Kommunistische Partei des Irangebietes, ohne zu schwanken, entschlossen auf dieses Ziel orientieren.

M. SPEKTATOR:

„DROHT AMERIKA EINE WIRTSCHAFTSKRISE?“*

Ob Amerika in nächster Zukunft einer Wirtschaftskrise entgegengieht ist selbstverständlich nicht nur vom Standpunkt amerikanischer Perspektiven, sondern auch von demjenigen des Weltkapitalismus von größter Bedeutung, da es keinem Zweifel unterliegt, daß das führende Land im Weltkapitalismus Amerika ist und daß gleichzeitig mit einer starken Krise in Amerika auch in allen anderen kapitalistischen Ländern Krisen ausbrechen werden. Daher ist die Frage, die Genosse Ossinski in seiner eben erschienenen Broschüre aufwirft, von höchster Aktualität, um so mehr, als es Wirtschaftler gibt, die die Entwicklung Amerikas mit größtem „Optimismus“ verfolgen, indem sie sich dessen Weiterentwicklung beinahe als ununterbrochen aufsteigende Linie vorstellen.

Mit großer Meisterschaft und umfassenden Kenntnissen hinsichtlich der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaftslage entwirft uns Genosse Ossinski ein Bild der jetzigen Konjunktur des Landes. Die Lektüre des Buches ist leicht und spannend. Immerhin scheinen uns einige von ihm in dieser Arbeit gemachten Bemerkungen strittig zu sein.

Vor allem ist es fraglich, ob man zur Stunde davon sprechen kann, daß der Einfluß Amerikas auf Europa abflaut und Europa fast wieder zum Gläubiger Amerikas wird, anstatt sein Schuldner zu sein. Die letzten Ereignisse in Deutschland zeigen im Gegenteil, daß alle jene Wirtschaftler (mit denen Genosse Ossinski in dieser Beziehung scheinbar konform geht), die behaupteten, daß Deutschland amerikanische Kredite nicht mehr benötigen werde, sich geirrt haben. Im Gegenteil, der verebbende Zustrom neuen Kapitals nach Deutschland im ersten Halbjahr 1927, bedrohte die Stabilität seiner Währung und gab beinahe den Anstoß zu einer industriellen Krise. Die deutsche Regierung sah sich gezwungen, den Kurs ihrer Politik in bezug auf Auslandsanleihen zu ändern und sie wieder zuzulassen. Sie haben sich jetzt in breitem Strom ins Land ergossen und augenblicklich werden Unterhandlungen über eine neue gewaltige Anleihe von Milliarden Mark geführt. Ebenso treten andere europäische Länder in verstärktem Maße an Amerika heran mit der Bitte, ihnen Anleihen zu gewähren, und der Kapitalexport aus den Vereinigten Staaten hat in diesem Jahr das Niveau des vorjährigen schon um ein Bedeutendes überschritten. Wenn zur selben Zeit aber auch Kapitalien in die Vereinigten Staaten strömen, so ist es ein merkwürdiges Verfahren, diese beiden Erscheinungen miteinander zu vergleichen. Der Kapitalfluß in die Vereinigten Staaten bedeutet keineswegs, daß dieses Kapital, das zum Teil aus Europa kommt, irgendwelche Veränderungen in den Anleihebeziehungen zwischen Amerika und seinen Kreditoren nach sich zieht. Die Kapitaleinfuhr vermag sich im gegebenen Fall weder auf die allgemeine Wirtschaftslage des Landes noch auf dessen Politik auszuwirken. Während man dies vom Kapitalexport der Vereinigten Staaten nicht behaupten kann, die zweifellos einen sehr merklichen Druck auf die europäische Wirtschaft und die Politik der europäischen Staaten ausüben. So genügt es beispielsweise, Fischers Buch „Oelimperialisimus“ durchzulesen, um sich davon zu überzeugen, was für einen außerordentlichen Einfluß Amerika bis heute noch auf die europäischen Staaten hat.

Daher ist es verfrüht, jetzt schon von einer Befreiung des europäischen Kapitalismus vom Einfluß des amerikanischen zu sprechen. Einer solchen Befreiung gehen nicht nur ökonomische, sondern auch politische Kämpfe voran.

Es ist bekannt, daß England gezwungen war, in der Frage der Kautschukpreise nachzugeben. Jetzt möchte England die Kautschukpreise wieder erhöhen. Ob dieses Manöver gelingt — wird die Zukunft lehren. Zweifelsohne aber wird dieser Kampf um die Monopolpreise ein äußerst erbitterter sein. Einstweilen bestehen noch keinerlei Perspektiven, daß Europa imstande sein werde, den Vereinigten Staaten gegenüber von neuem jene Stellung einzunehmen, die es vor dem Kriege eingenommen hatte, und es ist sogar noch weit davon entfernt, sich der schweren Ketten des amerikanischen Kapitalismus zu entledigen.

Die Frage der interalliierten Schulden und der deutschen Reparationszahlungen ist einst-

* N. Ossinski: Droht Amerika eine Wirtschaftskrise? Staatsverlag, Moskau 1927. 115. S.

weilen noch zugunsten Amerikas entschieden. Die Zahlungen gehen noch zugunsten Amerikas, und nicht umgekehrt.

Andererseits teilen wir die Ansicht des Verfassers, daß allem Anschein nach die Krise in den Vereinigten Staaten begonnen hat, da eine Preissenkung für industrielle Erzeugnisse von unserem Standpunkt aus ein unzweifelhafter Beweis ist für einen beginnenden depressiven Zustand der Wirtschaft, eine Verlangsamung des Akkumulationstempos und der erweiterten Reproduktion des Grundkapitals.

R. SONTER :

„AUS DEM ARBEITSLEBEN AMERIKAS“*

In Verbindung mit der Reorganisierung des deutschen Kapitals und der Entstehung eigener, selbständiger Formen des neuen deutschen Imperialismus vollzieht sich auch der Uebergang von der restlosen Bewunderung Amerikas als des „Wirtschaftswunders“ zu einer weit ruhigeren und skeptischeren Beurteilung, bei gleichzeitig erhöhtem Selbstbewußtsein des deutschen Kapitals infolge seiner eigenen Errungenschaften und seiner wachsenden Bedeutung. In Verbindung damit beginnt das deutsche Kapital der allzu lauten Amerika-begeisterung einer Reihe seiner Schriftsteller, aber auch der Reformisten, planmäßig, zum Teil auch unter sehr klaren politischen Gesichtspunkten, entgegenzutreten. Die vorliegende Schrift richtet sich hauptsächlich gegen die Uebertreibungen, besonders von reformistischer Seite in bezug auf die Lohnhöhe und gegen die anderen, zum Teil so sehr gepriesenen Errungenschaften des amerikanischen Kapitals, die der Arbeiterschaft in „breitem Maße“ zugute gekommen sein sollen. Mit einer Reihe anderer Einrichtungen, zum Beispiel mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, mit dem schwach entwickelten Klassenkampf und mit der „Nichteinmischung“ des Staates in die Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer ist zwar das deutsche Kapital sehr einverstanden, es entwickelt aber auch schon in diesen Punkten einen eigenen Standpunkt.

Das Buch von Tänzler zeigt sehr deutlich, daß auch der nicht zu leugnende außerordentliche Reichtum Amerikas eine sehr zweideutige Sache ist. Tänzler ist gezwungen, festzustellen, daß die Vermögens- und Einkommensunterschiede in Amerika wahrscheinlich sogar noch größer sind als in Europa. Weiter konstatiert er, daß die Lage des Mittelstandes und der geistigen Arbeiter sogar außerordentlich kümmerlich ist. Auf Grund einwandfreien Zahlenmaterials beweist er dann, daß 86 Prozent der amerikanischen *Steuerezzahler* ein Einkommen bis 2000 Dollar jährlich, also nicht viel mehr als das mit 1400 bis 2000 Dollar (je nach der Kinderzahl) angegebene Existenzminimum beziehen. Noch bedeutamer wird diese Mitteilung dadurch, daß er die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter, und zum Teil auch der Farmer, als erheblich schlechter darstellt und außerdem noch zugestehen muß, daß die gelernten Arbeiter zumeist ein Einkommen von ungefähr 2000 Dollar haben, während zum Beispiel die Bergarbeiter kaum 1400 Dollar verdienen. Leider hütet sich Tänzler, das Problem der Arbeiteraristokratie noch genauer zu untersuchen, was besonders deshalb schade ist, weil er sonst recht gut hinter das Geheimnis der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, überwiegend eine Organisation der Arbeiteraristokratie zu sein, gekommen ist. Natürlich spielt bei dieser starken Betonung der durchaus nicht so glänzenden Lage der breiten amerikanischen Massen die Absicht mit, dem Drang des europäischen Proletariats nach amerikanischen Löhnen einen Dämpfer aufzusetzen. Wirksam fügt er zu dieser Zerpfückung des amerikanischen Wirtschaftswunders noch Angaben über die sehr verbreitete Frauen- und Kinderarbeit, über das Fehlen nahezu jeglicher Sozialpolitik, über das außerordentliche Tempo und die Intensivierung der Ausbeutung und über die verhältnismäßig recht lange Arbeitszeit. Sogar nach offiziellen Angaben, die natürlich nicht stimmen werden, ergibt sich bei einer Zahl von nur 8 Millionen statistisch erfaßten Arbeitern, daß 4,7 Millionen über 8 Stunden arbeiten. Bei den statistisch Nichterfaßten ist das Verhältnis natürlich noch außerordentlich schlechter. Alle diese Angaben, wenn sie in Verbindung mit der Tatsache, daß der amerikanische Kapitalismus heute noch einer der

* „Aus dem Arbeitsleben Amerikas“, von Dr. jur. Fritz Tänzler. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1927. 176 Seiten.

ganz wenigen ist, die sich noch in aufsteigender Linie bewegen, müssen dem Amerika-enthusiasmus der reformistischen Gewerkschafter und der Sozialdemokraten einen bösen Dämpfer aufsetzen. Wie wird das Bild erst aussehen, wenn auch für Amerika die Zeit einer gleichmäßig aufsteigenden Entwicklung vorüber sein wird. Dann bleibt den Reformisten nichts mehr, was sie dem ununterbrochenen Aufstieg der sozialistischen Wirtschaft im Rußland gegenüberstellen können. Die Amerikabegeisterung dient ja gerade dazu, die Blicke der Arbeiterschaft von Sowjetrußland abzulenken.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung wird vom Verfasser ziemlich eingehend untersucht. Er bringt gutes Material für eine wirklich ausreichende Enthüllung dieser korrupten, kapitalistisch eingestellten Organisation, die nur die eine Aufgabe hat, den Klassenkampf zu verhindern. Der Verfasser weist auf die Bestimmung in einzelnen Gewerkschaften der Federation of Labour hin, wonach nur gelernte, manchmal sogar nur hochqualifizierte Arbeiter mit einer bestimmten abgeschlossenen Lehrzeit aufgenommen werden können. Er bringt Beispiele der völligen Loyalität dieser Gewerkschaften, indem er u. a. erzählt, wie der letzte Gewerkschaftskongreß mit der Nationalhymne eröffnet und mit dem Segen und dem Gebete des Erzbischofs geschlossen wurde. Weiter bringt er zahlreiche Zitate und Angaben über die Arbeit der Gewerkschaftsbürokratie für die weitestgehende Rationalisierung in den Betrieben, für die Verhinderung von Streiks und für das enge Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum. Es ist für den Verfasser daher gar nicht so erstaunlich, daß diese Gewerkschaft der Arbeiteraristokratie nur 3,3 Millionen Mitglieder zählt bei 32 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern überhaupt. Doch selbst diese vom Standpunkt des Unternehmertums so ausgezeichneten Gewerkschaften haben ihren Schönheitsfehler. Die Gewerkschaften dringen nämlich darauf, vom Unternehmertum bei der Regelung einzelner Punkte des Arbeitsverhältnisses anerkannt zu werden. Sie führen den Kampf für die sogenannten closed shops. Bei diesen closed shops hat sich häufig eine Verminderung der Arbeitsintensität herausgestellt, was den Mißmut der Unternehmer hervorgerufen hat. Der Verfasser aber gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß es der derzeitigen Führung der Federation of Labour gelingen dürfte, diese für das Kapital so unangenehme Begleiterscheinung zu beseitigen. Für diese seine Hoffnung bringt er eine Reihe von Angaben.

Der Abschnitt des Buches über die Gewerkschaften ist vielleicht der wertvollste, da er so recht die Absichten der Amsterdamer Internationale enthüllt, die, um der Linksbewegung und einer eventuellen Annäherung an die sowjetrussischen Gewerkschaften zu entgegen, eine für jeden erkennbare Politik der Annäherung an die amerikanischen Gewerkschaften betreibt. Auch sie will den Einfluß der absolut unternehmerfreundlichen, korrumpierten Gewerkschaftsbürokratie gegenüber dem Einfluß der linksstrebenden Massen stärken.

Interessant sind dann noch die Angaben über die verschiedenen Methoden, die das Unternehmertum anwendet, um das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft mit den raffiniertesten Mitteln niederzuhalten und die Bildung von wirklichen Klassenorganisationen zu verhindern. Der Verfasser zählt eine ganze Reihe solcher Maßnahmen auf, zum Beispiel die Errichtung spezieller, den größten Teil des amerikanischen Unternehmertums umfassender Behörden, die die Aufgabe haben, durch besondere Sozialdirektoren, durch Kurse für die Werkmeister, durch allgemeine Regeln die Kontrolle über die Arbeiterschaft in den Betrieben dauernd in der Hand zu haben. Weiter erwähnt er noch die Werkszeitungen des Unternehmertums, die nicht unbedeutende Verbreitung der Kleinaktie, der Betriebssparkasse usw., alles Maßnahmen, die einzig und allein den Zweck haben, den Arbeiter an seinen Unternehmer zu fesseln.

Neben diesen teilweise recht interessanten Angaben, die vom klassenbewußten Proletariat in seinem Kampfe gegen die Reformisten recht gut verwendet werden können, enthält die Arbeit eine Reihe von recht schwachen und schiefen Angaben und Gesichtspunkten. So versteht zum Beispiel der Verfasser nichts von der Negerfrage, die er schlankweg als gelöst erklärt. Weiter bleibt er in der formal-bürgerlichen Anschauung über die „Freiheit der Einzelpersönlichkeit“ stecken und sieht in dieser Phrase das ernstgenommene Ideal der amerikanischen Gesellschaft. Natürlich erwähnt er auch in seiner Schrift nichts von den Pinkertongesellschaften, den Spitzelmethoden und der unerhörten Brutalität, mit der Streiks und andere Klassenaktionen des Proletariats unter Mithilfe der Gewerkschaftsbürokratie niedergeschlagen werden. Auch sein Versuch einer Analyse der weiteren Entwicklung der amerikanischen Konjunktur und des immerhin doch merkwürdigen Fehlens von breiten Klassenkampforganisationen und eines politisch geformten Klassenbewußtseins der Gesamtarbeiterschaft ist recht schwach und völlig ungenügend. Der bürgerlich-kapitalistische Gesichtspunkt des Verfassers hindert ihn, eine einigermaßen brauchbare Analyse zu geben.

EUGEN PAUL:

BÜCHER ZUR ZEHNTEN JAHRESFEIER*

Zur zehnten Jahresfeier der russischen Revolution ist eine Reihe von Büchern und Broschüren in deutscher und französischer Sprache erschienen.

Es war bei der Mannigfaltigkeit des Materials und der zu berücksichtigenden Gesichtspunkte nicht leicht, die richtigen Themen auszuwählen und für ihre Behandlung den richtigen Rahmen und Ton zu finden. Es galt, aus der bedeutsamsten Revolution der Weltgeschichte und aus einem gigantischen Aufbauwerk, das eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit eröffnet, das festzuhalten, was sowohl für die Entwicklung in den verflossenen zehn Jahren, wie für die Perspektiven der Zukunft am wichtigsten, am charakteristischsten ist. Es galt Rücksicht zu nehmen einerseits auf die bereits vorhandene Literatur, andererseits auf die vorhandenen Lücken in dieser Literatur. Und es galt Rücksicht zu nehmen auf die propagandistischen und agitatorischen Bedürfnisse, die sich gerade aus der Tatsache des zehnjährigen Bestandes und Aufstieges des ersten Proletarierstaates ergaben. Wir glauben, daß die zur Oktoberfeier herausgegebene Literatur, obwohl die Fragen der kulturellen Entwicklung etwas zu kurz gekommen sind und der Roten Armee nicht gedacht wurde, im großen und ganzen den Anforderungen gerecht geworden ist.

Die Aufgabe, die Geschichte des Oktobers in populärer Form darzustellen, hat S. A. Piontkovsky übernommen. Er hat die Aufgabe, einerseits leicht verständlich zu schreiben, ohne trivial zu werden, andererseits eine marxistische, historisch-materialistische Darstellung zu geben, ohne allzu „wissenschaftlich“ zu werden, gut gelöst. Von der Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Zustände Rußlands sowie des Standes der Klassendifferenzierung vor und im Kriege leitete er uns zunächst zur Februarrevolution hinüber. In der lebendigen Art seiner Schreibweise werden die dieser ersten Etappe innewohnenden, unlösbaren, weitertreibenden Widersprüche vor uns lebendig. Wie ein aufregender Film ziehen die Ereignisse an uns vorbei, das wechselvolle Schauspiel der „Doppelherrschaft“, der Juliaufstand, der Kornilow-Putsch, die endlosen Verrätereien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und die anderen Ereignisse der fieberhaft pulsierenden Entwicklung zur Entscheidung, zur Machtergreifung, zum roten Oktober. Und inmitten dieses „Chaos“, das die Kleinbürger aller Schattierungen mit Angst erfüllte und zu einer „abwartenden“ Haltung bewog, sehen wir Lenin, aus dem „unentwirrbaren“ Knäuel mit Meisterhand den richtigen Faden herausgreifend und den drängenden, treibenden Kräften Ziel und Richtung gebend. Man muß diese, gerade vor zehn Jahren, gerade im entscheidenden Augenblick entstandenen Meinungsunterschiede zwischen Lenin einerseits, Trotzki, Sinowjew und Kamenew andererseits nachlesen, wenn man die heutige Haltung derselben Trotzki, Sinowjew und Kamenew richtig verstehen will.

Das Buch Wl. Sarabianow: „An der Schwelle des zweiten Jahrzehnts“ ist ein Querschnitt durch die epochale sozialistische Aufbauarbeit des zehnjährigen Sowjetstaates. Ein Buch, das auf jede Frage des sozialen Aufbaues eine klare, unwiderlegliche, weil auf

* S. A. Piontkovsky: Histoire populaire de la Revolution d'Octobre. Editions Sociales Internationales, 3 Rue Valette, Paris. 182 S.

W. I. Sarabianow: An der Schwelle des zweiten Jahrzehnts. Verlag Carl Hoym Nachf., Berlin. 318 S.

V. Sarabianow: Après dix ans, Bureau d'Editions de Diffusion et de Publicité, 132 Faubourg Saint Denis, Paris 10. 336 S.

M. Krischanowski: Die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion. Verlag für Literatur und Politik, Wien—Berlin. 123 S.

J. Stalin: Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation. Verlag Carl Hoym Nachf. 66 S.

N. Krylenko: Die Kriminalpolitik der Sowjetunion. Verlag für Literatur und Politik. 30 S.

E. Schirwindt: Gefängnisse in der Sowjetunion. Verlag für Literatur und Politik. 35 S.

N. Krylenko: Weißer und roter Terror. Verlag für Literatur und Politik. 36 S.

statistischen Zahlen beruhende Antwort gibt. Wir erhalten eine gründliche, mit Ziffern belegte Analyse der Wirtschaft Rußlands vor und im Kriege, eine Darstellung des Verfalls während der Jahre 1918—1921 und dann des ununterbrochenen Aufstieges seit der Einführung der Nep-Politik. Der Reihe nach passieren Industrie, Landwirtschaft, Innen- und Außenhandel, Transport- und Finanzwesen vor uns Revue. Wir gewinnen Einsicht in das innere Getriebe, wir lernen die realen Grundlagen kennen, auf denen all das fußt, was Sarabianow uns in den besonders lehrreichen Kapiteln: „Wir bauen den Sozialismus auf“ und die „Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung“ zeigt. Hier lernen wir, fachmännische geordnet und kommentiert, das Tatsachenmaterial kennen, das das unbestreitbare Wachsen der sozialistischen Elemente der russischen Wirtschaft und den Rückgang der kapitalistischen Elemente aufzeigt. Hier finden wir die wissenschaftliche Unterlage für die Behauptung Sarabianows: „Wenn die Sowjetunion nicht in einen Krieg oder in eine unter Beteiligung aller Großmächte eingeleitete Blockade gerät, so wird die Sowjetunion zu guter Letzt die Wirtschaft eines jeden kapitalistischen Staates einholen, ja überholen.“ Dank der leichten, lebendigen Schreibweise Sarabianows wird sein Buch durch die Fülle von Zahlen, die es enthält, nicht langweilig, sondern erst recht interessant.

Zeigt das Buch Sarabianows uns den gigantischen Bau der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion, so führt das Buch **Krischanowskis**: „Die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion“ uns in die grandiose Werkstätte, in das „technische Büro“, wo die gigantischen Pläne dieses Buches ausgearbeitet und reguliert werden. Es ist eine eigentümliche Sache um diese Planwirtschaft. Es ist das erstmal in der Geschichte der Menschheit, daß ein Staat — und zudem ein Riesenstaat — seine gesamte Wirtschaft nach einem vorher bestimmten Plan regelt. Planwirtschaft ist unter dem kapitalistischen Regime, unter der Herrschaft des Privatkapitals, unmöglich. Nur in der Sowjetunion, wo die Herrschaft des Kapitals endgültig zertrümmert und durch die Vergesellschaftung der ausschlaggebenden Wirtschaftszweige die Grundlage der sozialistischen Wirtschaftsweise geschaffen ist, konnte man dazu übergehen, das gesamte Wirtschaftsleben des Landes nach einem bestimmten Plan zu regeln. Das Buch **Krischanowskis**, der Vorsitzender des Staatlichen Planwirtschaftsamtes der USSR und daher wohl der kompetenteste Fachmann auf diesem Gebiete ist, führt uns die „Ergebnisse des ersten Jahrzehnts“ vor Augen auf dem Gebiete der Industrie, der Elektrifizierung, der Landwirtschaft, der Wasserwirtschaft, des Transportwesens, des Verbindungswesens, der Brennstoffwirtschaft, der Bautätigkeit, der Arbeit, des Warenverkehrs, des Außenhandels und des Budgetwesens. Besonders interessant ist das Kapitel „Vergesellschaftungsprozesse“, das uns einen Einblick gewährt in das „geheimste Kabinett“ der sozialistischen Planwirtschaft, die, wie uns **Krischanowski** zeigt, zur „Herstellung einer Uebereinstimmung zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften des Landes“ führt. Berücksichtigt man, daß das Fehlen dieser „Uebereinstimmung“ das Todesgift ist, an dem jede kapitalistische Wirtschaft rettungslos zugrunde gehen muß, so wirkt diese Feststellung **Krischanowskis** wirklich wie die Offenbarung eines neuen Zeitalters. Es ist im höchsten Grade interessant und lehrreich, an Hand der klaren Ausführungen **Krischanowskis** zu verfolgen, wie das tödliche Gift kapitalistischer Wirtschaftsweise planmäßig aus dem sowjetrussischen Wirtschaftskörper ausgeschieden wird, wie man hier, ausgerüstet mit der klaren, marxistisch-leninistischen Erkenntnis, daran geht, solche in der kapitalistischen Weltordnung unlösbaren Probleme, wie der Gegensatz zwischen Stadt und Land, gründlich und endgültig zu lösen.

Das zur Oktoberfeier herausgekommene Buch **Stalins**: „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiter-Delegation“ enthält die Antworten **Stalins** auf eine Reihe von Fragen, die durchaus nicht zufälligen Charakters sind, sondern im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung dem Wissensdrang amerikanischer Arbeiter entsprungen sind und sicher auch in den Köpfen vieler anderer Arbeiter entstehen. Die bekannte haarscharfe Logik, die die Reden und Schriften **Stalins** auszeichnet, machen aus dem kleinen Buch **Stalins** eine wertvolle Aufklärungsschrift. Im Anhang derselben werden einige Fragen **Stalins** samt den Antworten der Delegierten abgedruckt.

Die Broschüren: „Die Kriminalpolitik der Sowjetmacht“ von **N. Krylenko**, und „Gefängnisse in der Sowjetunion“ von **E. Schirwindt**, beleuchten schlaglichtartig die sowjetistische Kriminalpolitik, in der sich der vollständige Bruch mit der Vergangenheit, das Abstreifen aller Vorurteile einer versinkenden Welt klar spiegelt.

Die Broschüre: „Weißer und roter Terror“ von **N. Krylenko** ist eine ausgezeichnete Streitschrift gegen die menschwüstlichen Lügen über die „Greuel“ des roten Terrors.

Fast sämtliche zum Oktober erschienenen Bücher und Broschüren enthalten interessante Bilder und Diagramme, Landkarten usw. Das Lesen und Verbreiten dieser Schriften wird viel dazu beitragen, die welthistorische Bedeutung des zehnjährigen Bestandes der Sowjetunion, ihres ununterbrochenen Aufstieges, dem Verständnis der Arbeiter auch des Westens näherzubringen und dadurch den proletarischen Schutzwall um die Sowjetunion zu befestigen, an dem alle Angriffe der verbündeten Imperialisten und Menschewisten zerschellen werden.

Das Kampfprojekt des nächsten Krieges ist Erdöl!

Wer gegen wen?

Erklärung gibt Louis Fischers Buch:

OEL- IMPERIALISMUS

In diesem Buche ist die ganze imperialistische Schwere des Welt-saftes und zugleich seine Entflammbarkeit. Petroleum treibt die Hirne amerikanischer, englischer, französischer, belgischer, japanischer Kapitalisten, siedet in ihnen und zwingt sie, sich dauernd mit allen Finessen und Brutalitäten der kapitalistischen Schlacht zu bekämpfen. Louis Fischer analysiert Zwang, Spiel und Gegenspiel des großen Petroleumkapitals, das heißt die Eingeweide der kapitalistischen Petroleumpolitik mit ihren Verkrampfungen und Verschlingungen und der entsetzlichen Unmöglichkeit, die eigenen Pläne zu verdauen. Oft steigt die Schilderung zu jener Höhe der Tragik, wo sie dem Beobachter lustig erscheint, wie etwa verzerrte Mumiengesichter ein Lächeln zeigen, das keins ist. Die Gewaltmenschen der Petroleumtrusts sind dann nur Hampelmänner einer Gesetzmäßigkeit, die sie nicht kennen, und während sie glauben, mit Staaten, Ländern und der Welt zu operieren, während sie moralisch tun und sich wie Retter gebärden, ist alles nur ein Puppenspiel, dem mit mehr und mehr Gelassenheit eine andere Gewalt zusieht, die prinzipiell schon jenen kapitalistischen Apparat und die in ihm verfangenen Menschen besiegt hat.

Broschiert 2,— RM., Ganzleinen 3,50 RM.



NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN WS